

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Chefredakteur:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dänisch 4196-4198



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 23 61, Zehn-Blumen-Platz 6
Distributionsstelle: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Zustimmung möglich. Abdruckung bedingt 4 Bogen
bei den Druckkosten, wenn nicht anders vermerkt ist. Abdruckung für beide Seiten 8 Bogen.

Berlin, den 24. September 1931

Int. Markt
Soc. Geschichts
Amsterdam

Neuwahl in Hamburg!

SPD. Hamburg, 24. September (Eig. Bericht)
Die Hamburger Bürgerschaftswahl, die am Sonntag durchgeführt wird, ist mehr als ein lokales Ereignis. Ihr Ergebnis wird von symptomatischer Bedeutung sein zur Feststellung der psychologischen und politischen Rückwirkungen, der Wirtschaftskrise auf die Stimmung des Volkes, zumal die wirtschaftliche und die politische Krise in den letzten Monaten eine so scharfe Zuspitzung zu einer Reich, Länder und Gemeinden erschütternden Vertrauens- und Finanzkrise erfahren hat, die auch gegenüber dem September des Vorjahres eine völlig neue Situation geschaffen haben.

Das ausserte sich schon in der Führung des Wahlkampfes durch alle Parteien in Hamburg. Eine Hochflut von Flugblättern und Wahlzeitungen, von Versammlungen und Aufmärschen beherrschten das Stadtbild. Führende Persönlichkeiten fast aller Parteien sprachen zu ihren Wählern. Ein ungeahntes Ausmass nahmen die Schwindelfeldzüge und Verleumdungen der Nazis und Kommunisten gegen ihren gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, an. Die Verzweiflungsstimmung der notleidenden Massen ist noch nie in einem solchen Masse missbraucht worden, wie es im Hamburger Wahlkampf vornehmlich durch die Kommunisten geschehen ist!

Demgegenüber steht allerdings die Tatsache, dass die mustergültige sozialdemokratische Organisation in Hamburg mit ihren mehr als 50 000 Mitgliedern einen Wahlkampf geführt hat, der in seiner Aktivität und Begeisterung alle früheren Wahlkämpfe übertrifft. Der sozialdemokratische Wahlkampf war getragen von dem Bewusstsein, dass zwölfjährige entscheidende Mitverantwortung in Hamburg auf allen Gebieten der Kommunal- und der Landespolitik gerade in der Welthafenstadt Leistungen für die werktätigen Massen ergeben hat, die trotz der furchtbaren Krise als sichtbare Zeugen positiver sozialistischer Arbeit im Bewusstsein hunderttausender Hamburger lebendig sind. Leistungen, die dazu, wie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, trotz der Krise in grossem Ausmass aufrechterhalten werden konnten.

Zweifellos ist die soziale Aufbauarbeit in Hamburg durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gehemmt und bedroht worden. Ebenso wenig aber ist es zweifelhaft, dass auch ein Sieg des zerstörenden Radikalismus in Hamburg die Schwierigkeiten kommunaler Arbeit unendlich vermehren und die Aufrechterhaltung einer sozialen Politik ausserordentlich erschweren würde, gar nicht zu reden von den stimmungsmässigen Folgen eines solchen Sieges des Hyperradikalismus im ganzen Reiche.

Hamburg leidet besondere Not. Sein Hafen ist durch die Krise und die verfehlte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verödet. Ueber 80 grosse Ozeandampfer sind im Hamburger Hafen aufgelegt. 75 000 Familien erhalten Wohlfahrtsunterstützung, die Zahl der Arbeitslosen, die durch Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt werden, beträgt rund 95 000. Es darf auch nicht übersehen werden, dass sich in der gegenwärtigen Krise der ausserordentlich grosse Zuzug nach Hamburg, der gleich nach dem Kriege einsetzte, verschärfend

bemerkbar macht. Hamburgs Bevölkerungszahl hat wesentlich durch Zuzug in der Nachkriegszeit um 175 000 zugenommen.

Man wird damit rechnen müssen, dass diese Erscheinungen sich im Ergebnis der Hamburger Wahlen auswirken, wie es sich bereits am 14. September 1930 gezeigt hat. Ein ungeschminktes Bild der politischen Kräfteverhältnisse auf Grund der Septemberwahlen 1930 braucht keine Prognose zu enthalten, ist aber doch zur Beurteilung des Wahlergebnisses, wie es auch ausfallen möge, von einiger Bedeutung.

Die Sozialdemokratie erhielt am 14. September in Hamburg rund 240 000 Stimmen. Das war ein Verlust gegenüber der Bürgerschaftswahl vom Mai 1928 um 15 000 Stimmen. Die stärkere Wahlbeteiligung ergibt aber bei einer Umrechnung auf die Hamburger Bürgerschaft, in der die Sozialdemokratie von 160 Abgeordneten 60 stellt, eine Verminderung dieser Zahl um etwa 8. Die Kommunisten steigerten ihre Stimmenzahlen von 116 000 im Mai 1928 auf 135 000 im September 1930. Am stärksten war natürlich der Zuwachs der Nationalsozialisten, die gegenüber 17 000 Stimmen im Mai 1928 im September 1930 144 000 Stimmen erreichten. Sehr viel erheblicher als bei der Sozialdemokratie waren die Verluste vor allem bei den Deutschnationalen, aber auch bei der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Das Ergebnis der Septemberwahlen des Vorjahres hätte aber der jetzigen Hamburger Koalition (Sozialdemokratie, Staatspartei und Volkspartei) immer noch eine Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft gesichert. Ob auch die jetzt bevorstehende Bürgerschaftswahl diese Mehrheit ergibt, muss füglich bezweifelt werden, in erster Linie im Hinblick auf die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Zusammenbruch dieser beiden bürgerlichen Mittelparteien, die in Hamburg immer noch eine relativ starke Stellung haben, weiter fortschreitet.

Es kann aber auch nicht geleugnet werden, dass die wirtschaftliche Lage und damit die psychologische Situation der breiten Wählermassen in erster Linie den Kommunisten zugute kommen wird. Wie wenig man darin an sich ein Bekenntnis zum Bolschewismus sehen darf, ist auch der einfachen Tatsache zu ermitteln, dass die kommunistische Partei in Hamburg bei den Septemberwahlen zwar 135 000 Stimmen erreichte, aber heute nur über kaum 10 000 Mitglieder verfügt. Die kommunistische Hamburger Volkszeitung hat in ihrem ganzen Verbreitungsgebiet nur rund 8 500 Abonnenten. Wer die KPD wählt, begeht eben nur eine Verzweiflungstat.

Nun lassen gewisse Anzeichen den Schluss zu, als ob es sich bei dem zu erwartenden Erfolg der KPD nicht so sehr um eine Abwanderung einst sozialdemokratischer Wähler handelt, als vielmehr um Stimmen aus der Partei der Nichtwähler und der Nazis. In der Partei der Nichtwähler scheint eine Umgruppierung vor sich zu gehen. Es stossen neue Massen Resignierter hinzu, während andere sich zu einer "politischen" Entscheidung bequemen.

Eine Abwanderung von den Nazis ist durchaus möglich. Nach allen Beobachtungen wird die Naziwelle den Stand vom September 1930 nicht wieder erreichen; obgleich diese Schlammflut mit dem September 1930 ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatte.

So lässt sich schon heute sagen, dass auch in Hamburg die Sozialdemokratie das starke Bollwerk politischer Vernunft und positiver Kommunal- und Staatspolitik bleiben wird. Das gilt in jedem Fall. Das Bürgertum wünscht sich zwar sehnlichst eine bürgerliche Mehrheit in Hamburg. Die Aussichten dafür aber sind geringer denn je. Bei der notorischen Verantwortungslosigkeit der Kommunisten hat natürlich die auch bisher schon vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit keine positive Bedeutung. Sie verhindert aber eine rein bürgerliche Regierung, die ein Regiment der Nazis wäre. Verliert die Hamburger Koalition ihre Mehrheit, dann wird das natürlich für die parlamentarische Arbeit nicht gerade sehr angenehme Folgen haben. Für die Führung des hamburgischen Staatss aber wäre die Konsequenz, dass der jetzige Senat als geschäftsführender Senat im Amte bleibt, da sich für die Neubildung eines anders gearbeteten Senats keine Mehrheit zusammenbrauen lässt.

Gustav Danrendorf.

SPD. Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollsitzung am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit.

Die Bestimmungen beruhen auf der in der Notverordnung vom Juni enthaltenen Ermächtigung für die Reichsregierung. Der Berichterstatter wies daraufhin, dass die Verhandlungen der Reichsregierung wegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande komme, werde die Reichsregierung genötigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von diesem Recht Gebrauch zu machen und zwar im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen.

Die Durchführungsbestimmungen regeln sowohl die Verkürzungen der regelmässigen Arbeitszeit unter 48 Stunden als auch die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich. Insbesondere wird die Einwirkung der zu erlassenden Einzelverordnungen auf die beim Erlass schon bestehenden Tarifverträge behandelt, und zwar sowohl hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit als auch hinsichtlich der Höhe der Entlohnung. In letzterer Hinsicht sehen die Durchführungsbestimmungen grundsätzlich eine Verkürzung der Vergütung entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstige Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll daran festgehalten werden.

SPD. Paris, 24. September (Eig. Drahtb.)

Während die Tendenz an der Pariser Effektenbörse am Donnerstag im allgemeinen fest war, machte sich am Devisenmarkt eine neue Abschwächung des Pfundes bemerkbar, die zum Teil auf eine Hausse gewisser Rohstoffpapiere zurückgeführt wird. Das Pfund, das am Mittwoch mit 104 gehandelt wurde, setzte mit 99½ ein, fiel bis auf 97½ und stieg am Börsenschluss auf 98½.

Die Presse fordert die französischen Industriellen und Kaufleute auf, auf das Pfund als internationales Zahlungsmittel zu verzichten und als Basis der Handelsverträge mit dem Ausland den französischen Franc zu wählen. Der Lyoner Seidenmarkt hat sich bereits für diese Massnahme entschlossen.

SPD. Bonn, 24. September (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den kommunistischen Kreistagsabgeordneten Hans Götz aus Troisdorf zu zehn Monaten Gefängnis.

Götz hatte als Führer von etwa 200 Kommunisten in Wahlheim bei Siegburg einen nicht genehmigten Demonstrationszug veranstaltet, bei dem es zu einem schweren Zusammenstoss mit Landjägern kam. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurde ein Demonstrant durch einen Schuss, der vermutlich aus den Reihen der Kommunisten stammte, schwer verletzt.

SPD. Tokio, 24. September (Eig. Drahtb.)

Das japanische Kabinett trat am Donnerstag-Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der die Antwort auf die Note des Völkerbundes zum mandschurischen Konflikt und eine öffentliche Erklärung zu der gleichen Sache beschlossen werden sollte.

Der japanische Konsul in Charbin hat um die Entsendung von "Schutztruppen" gebeten. Ein japanisches Erkundungsflugzeug, das sich auf dem Wege nach Charbin befand, ist von Chinesen abgeschossen worden. Aus Peking wird gemeldet, dass die Japaner in Mukden einen Oberst verhaftet haben, der für die Hinrichtung eines japanischen Hauptmanns verantwortlich sein soll.

SPD. Paris, 24. September (Eig. Drahtb.)

Die Meldung einer englischen Zeitung, dass der Abschluss eines Abkommens zwischen Frankreich und Russland bevorstehe, durch das Frankreich bedeutende Petroleumkonzessionen in Russland als Gegenleistung für eine Anleihe erhalten soll, ist falsch. Sie wird von zuständiger Seite als jeder Begründung entbehrend, bezeichnet.

SPD. Stuttgart, 24. September (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Donnerstag kam es in Stuttgart im Anschluss an eine Versammlung, die von den Nationalsozialisten in dem meist von Arbeitern bewohnten Vorort Gablenberg einberufen worden war, zu ernsthaften Tumulten.

Zwei Redner, frühere Kommunisten, sollten über ihre Erlebnisse in Russland sprechen. Daher hatte der kommunistische Kampfbund gegen den Faschismus seine Leute alarmiert, die gleich den ersten Redner mit lärmenden Zwischenrufen unterbrachen. Es kam bald zu Tötlichkeiten und zu einer regelrechten Schlacht zwischen beiden Parteien mit Stühlen, Steinen, Eisenstangen u.s.w. Aus Tischen und Stühlen wurden Barrikaden errichtet, die Fensterscheiben wurden zerschlagen und der ganze Saal wurde so demoliert, dass er binnen kurzem einem Trümmerhaufen glich. Da auch die Beleuchtungskörper zerstört waren, hatte die Polizei schwierige Arbeit. Auf der Strasse setzten sich die Tötlichkeiten fort. Es fielen auch Schüsse. In der Landhaus- und Werastrasse stiessen abziehende Nazis auf die aus dem Zentrum der Stadt kommende kommunistische Jungwehr, die von ihrer Partei telefonisch herbeigerufen worden war. Jetzt entwickelte sich eine neue Schlacht. Das Gesamtergebnis war, dass 25 Personen verletzt wurden, davon 2 schwer. Ueber 100 Personen wurden von der Polizei verhaftet und auf Lastwagen abtransportiert.

SPD. Paris, 24. September (Eig. Drahtb.)

Wie der "Intransigeant" aufgrund von Mitteilungen einer autorisierten Persönlichkeit meldet, sollen Laval und Briand die Absicht haben, in Berlin die Bildung einer oder mehrerer deutsch-französischer Kommissionen vorzuschlagen. Eine Kommission solle ausschliesslich die gegenseitigen Beschwerden gemeinsam prüfen und besprechen. Auf diese Weise würden etwaige Missverständnisse schnell beseitigt werden. Ein anderer Organismus solle die wirtschaftlichen und finanziellen Kreise Deutschlands und Frankreichs vereinen, aktivere Führungnahme zwischen einflussreichen Persönlichkeiten beider Länder in die Wege leiten und sich zu einem allgemeinen Informationszentrum herausbilden. Auf französischer Seite solle eine interministerielle Kommission geschaffen werden, die zugleich wirtschaftlichen und technischen Charakter habe. Natürlich werde der Berliner Besuch, so fügt der Informator des "Intransigeant" hinzu, die Grundlagen des deutsch-französischen Problems nicht von heute auf morgen verändern. Man könne heute nicht mehr auf Wunder rechnen.

Wahrscheinlich wird Laval vor seiner Abreise über das Programm und die Bedeutung der französisch-deutschen Ministerbesprechung eine Erklärung an die Presse geben.

SPD. Köln, 24. September (Eig. Drahtb.)

Das grosse Kölner Bankhaus Deichmann & Co. hat am Donnerstag wegen Zahlungsstockungen die Schalter geschlossen. Als Gründe werden Kreditentzug, die Unmöglichkeit grössere Debitoren flüssig zu machen und die jüngsten Ereignisse in der internationalen Wirtschaft angegeben. Bemühungen, die Zahlungsstockungen zu überbrücken, seien im Gange aber durch die Wirtschaftskrise erschwert.

SPD. Der kürzlich von den Christlich-Sozialen zu den Nationalsozialisten übergesiedelte badische Pfarrer Teutsch hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Aber nicht mit sofortiger Wirkung, wie es bei einer Mandatsniederlegung selbstverständlich ist, nein, erst zum 12. Oktober. Nicht um sich bis dahin noch parlamentarisch zu betätigen, sondern um wenigstens bis zum Zusammentritt des Reichstags die Diäten für sich zu retten.

SPD. Karlsruhe, 24. September (Eig. Dr.)

Der Badische Landtag beschloss am Donnerstag, die Zahl der Abgeordneten für die nächste Landtagswahl etwa um 1/3 auf 60 bis 65 Mitglieder herabzusetzen. Die Anträge auf Aufhebung und Zusammenlegung von Amtsgerichten wurden zurückgestellt, bis genaue Berechnungen über die finanziellen Wirkungen der verschiedenen Vorschläge vorliegen.

SPD. Genf, 24. September (Eig. Drahtb.)

Die in der Donnerstag-Sitzung des Völkerbundes mit Spannung erwartete Erklärung des Ratspräsidenten über den mandschurischen Konflikt war völlig inhaltlos. Der Rat, so erklärte er, behandle den Streitfall und hoffe auf eine befriedigende Lösung. Er hoffe, der Versammlung einen Bericht geben zu können, "sobald es die Umstände" erlaubten.

Titulescu erklärte, "zur Vermeidung einer Debatte", dass der Rat allein zu handeln habe, solange die Sache nicht vor die Vollversammlung gebracht sei. Die Unterstützung der gesamten öffentlichen Meinung werde dem Völkerbund zuteil, wenn er so handle, wie man es von ihm erwarte. Es genüge nicht, dass der Rat möglichst öffentlich tage bis der Friede gesichert sei. Die Vollversammlung könne sich vielmehr nicht trennen, ohne ihr Interesse an einer Aktion bezeugt zu haben, die vital für den Völkerbund sei. Daher hoffe er, dass der Rat noch vor dem Ende der Tagung eine neue Mitteilung über den Konflikt machen werde,

Die im weiteren Verlauf der Vollversammlung erstatteten Berichte über die Modifikationen der Arbeit der Europakommission hinsichtlich der geistigen Zusammenarbeit und der Arbeiten der Wirtschaftsorganisation wurden nach kurzen Aussprachen angenommen. Der französische Wirtschaftsminister schloss den letzten dieser Berichte mit dem Hinweis auf die Grundfrage des Vertrauens wie folgt: "In der gleichen Stunde, in der ich spreche, schicken sich Laval und Briand an, eine Grenze zu überschreiten, wo sich so viele Leiden abgespielt haben. Unvoreingenommen, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit ernstem und entschlossenem Herzen werden sie eine grosse Tat vollbringen, die, wenn die Völker sie zu begreifen wissen, ein neuer Ausgangspunkt einer wahrhaften Annäherung, einer loyalen, dauerhaften, von der ganzen Welt erwarteten, als eine der dauerhaftesten Grundlagen der Sicherheit und des Friedens."

SPD. Wien, 24. September (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Gewerkschaftskongress wurde am Donnerstag beendet. Er nahm zur Sozialgesetzgebung eine Entschliessung an, in der es heisst, dass gegen jeden Versuch, den gesetzlichen Schutz der Arbeiter und Angestellten anzutasten, mit allen Kräften Widerstand geleistet werde. Ferner wird die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und die Heranziehung von Mitteln der Gesamtheit zur unveränderten Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenfürsorge gefordert.

SPD. Genf, 24. September (Eig. Drahtb.)

Die faschistische Regierung Italiens hat dem Völkerbund jetzt endlich auch ihre Rüstungsziffern mitgeteilt.

In dem Memorandum heisst es, dass Italien die Möglichkeit habe, nach dem Gesetz eine bedeutende Zahl von Mannschaften zu den Waffen zu rufen, trotzdem aber seine Armee in sehr engen Grenzen halte. Die Dienstzeit für Armee und Miliz betrage 18 Monate zu Lande und in der Luft, sowie 28 Monate zur See. Die aktive Landarmee betrage einschliesslich der Kolonie 491 398 Mann und 22 157 Offiziere, die Miliz 85 000 Mann und 3 473 Offiziere. In dieser Ziffer seien die Schwarzhemden des Eisenbahn- und Verkehrsdienstes nicht eingerechnet. In den Kolonien ständen ausserdem 5 000 Mann Miliz. Die Lufttruppe bestehe aus 22 200 Mann und habe keine Miliz. Die Flotte wird mit insgesamt 404 000 Tonnen angegeben, zuzüglich 188 266 Tonnen für Kriegsschiffe, die nicht unter den Konventionsentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz fallen. Im einzelnen setze sich die Flotte zusammen aus 4 Linienschiffen mit 87 912 Tonnen, 11 grossen Kreuzern mit 105 300 Tonnen, 15 kleinen Kreuzern mit 65 423 Tonnen, 86 Zerstörern mit 91 701 Tonnen und 75 U-Boote mit 53 664 Tonnen. Flugzeugmutterschiffe und lenkbare Luftschiffe werden als fehlend gemeldet. Endlich werden 1 507 Kriegsflugzeuge angegeben. Sämtliche Zahlen gelten bis zum 30. Juni 1931.

Aus den sehr ausführlichen Angaben über das Militärbudget ergibt sich für die Landrüstungen eine Gesamtausgabe von 3,9 Milliarden Lire, für die Seemacht 1,4 Milliarden Lire und für die Luftmacht 958 Millionen Lire. Italien gibt also nach seinen eigenen Angaben 6,3 Milliarden Lire oder etwa 1,2 Milliarden Mark für Heer und Marine aus.

SPD. Wien, 24. September (Eig. Drahtb.)

Die vertrauensmänner des christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbundes nahmen am Donnerstag in Gegenwart des Bundeskanzlers eine Entschliessung an, in der es heisst, dass die Regierung die Pflicht habe, die Führer der Heimwehr, die oft Hochverrat betrieben hätten, strengstens zu bestrafen. Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, alle ausländischen Netzer, ob Nationalsozialisten oder Kommunisten, abschieben zu lassen.

SPD. Genf, 24. September (Eig. Drahtb.)

Die dritte Kommission des Völkerbundes hat am Donnerstag-Nachmittag den Entwurf eines Abkommens über die Kriegsverhütungsmittel angenommen und den spanischen Gesandten in Washington Madariada zum Berichterstatter darüber in der Vollversammlung ernannt. Die gleichfalls angenommene Entschliessung wünscht dass nach der Verabschiedung durch die Vollversammlung möglichst viele Regierungen das Abkommen unterzeichnen und die Parlamente es schnellstens ratifizieren.

In der fortgesetzten Aussprache über die Anträge für einen Rüstungsstillstand wies Massigli-Frankreich den Antrag der Neutralen als zu wenig konkret und den Italiens als nicht nützlich zurück. Die Verpflichtungen des italienischen Vorschlages seien weder klar noch wirksam genug, noch praktisch. Zur See könnten Neubauten auch ohne Kiellegung vorbereitet werden, dazu hätten die Völker mit modernen Flotten den Vorteil. Für die Landrüstungen seien alle Schwierigkeiten und Zulänglichkeiten des budgetären Begrenzungssystems gegeben, das man auf viele Arten umgehen könne. Schon die Sachverständigen hätten die Begrenzung der tatsächlichen Ausgaben verlangt. In der Luftwaffe könne man nach Italiens Vorschlag während der Rüstungspause schwache Flugzeuge ausser Dienst stellen und durch starke ersetzen.

Auch gegen Lord Cecils Vorschlag wandte sich Masigli, da jede Regierung zu ihrer Entschliessung ihre Vorbehalte machen werde. Er wünschte, dass die Regierungen noch vor der Abrüstungskonferenz ihre Vorschläge veröffentlichen und ihre Vertreter zum sofortigen Abschluss eines Rüstungsstillstandes mit Vollmachten ausstatten sollten. Wenn man so die umstrittene Frage der Konferenz selbst überweise und sie gleich zu Beginn ein solches Abkommen verkünden könnte, dann wäre der gewünschte moralische Erfolg erzielt.

Schliesslich wurde ein Redaktionskomitee eingesetzt, das sämtliche Anträge zu einem gemeinsamen Vorschlag ausarbeiten soll.

SPD. Der Sozialdemokratische Parteiausschuss hat am Dienstag dieser Woche gegen eine Stimme beschlossen, dass die Zugehörigkeit zur "Deutschen Friedensgesellschaft" unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen zwei Stimmen hat der Parteiausschuss das gleiche beschlossen für alle diejenigen, die sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung und Unterstützung der "Freien Verlagsgesellschaft", die als Herausgeberin der Wochenschrift "Fackel" zeichnet, zum Ausdruck kommen.

Gegen diesen Beschluss veröffentlichten in der neuesten Nummer der "Fackel" die "Freie Verlagsgesellschaft" und die Redaktion der "Fackel" eine Erklärung, der sich folgende acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angeschlossen haben: Oettinghaus, Portune, Dr. Rosenfeld, Dr. Siemsen, Seydewitz, Ströbel, Ziegler und Bergmann-Hamburg. In dieser Erklärung wird behauptet, dass der Beschluss des sozialdemokratischen Parteiausschusses den Beginn eines Gesinnungsterrors und einer Meinungsdictatur bedeute, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteigenössische Pflicht empfänden. Auch die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft könne nicht als parteischädigend deklariert werden. An alle, die mit den Unterzeichnern übereinstimmen, wird die Mahnung gerichtet, ihnen "bei dem schweren Werk zu helfen".

Demgegenüber stellen wir fest: Wegen der Vorgänge der Friedensgesellschaft hat bereits am 9. September der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich-Thüringen seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft mit folgender Begründung erklärt :

"Von der Deutschen Friedensgesellschaft gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik", die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung "Das andere Deutschland" erlässt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der Deutschen Friedensgesellschaft nicht mehr in der Lage, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt."

Nicht wegen der pazifistischen Betätigung der Friedensgesellschaft, sondern wegen der von ihr eingeleiteten Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist die Mitgliedschaft zur Deutschen Friedensgesellschaft für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu der Sozialdemokratischen Partei erklärt worden. Daher schreibt auch der Chefredakteur der "Chemnitzer Volksstimme" Karl Böchel in seiner Ausgabe vom 23. September :

"Es kann und darf nicht geleugnet werden, dass führende Personen der Friedensgesellschaft die Sozialdemokratische Partei nicht nur in Artikeln und Flügblättern angegriffen und herabgesetzt, sondern auch den Versuch gemacht haben, durch die Bildung der "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" eine neue Partei aufzuziehen. Dass diese neue Partei nichts anderes wäre als eine weitere furchtbare Schwächung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden verantwortungsbewussten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung."

Unwahr aber ist auch in jeder Beziehung die Behauptung, dass die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie unterdrückt werden soll. Dass die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie in keiner Weise angetastet wird, beweisen folgende weitere Tatsachen :

Der Abg. Seydewitz, der Mitherausgeber der "Fackel", ist Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung "Zwickauer Volksblatt". Niemand wehrt ihm, dort jeden Tag seine Meinung zu sagen.

Der "Klassenkampf", die Halbmonatsschrift der Abgeordneten Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel, in der ebenfalls jeder ungehindert seine abweichende Meinung über die Parteitaktik sagen kann, ist in dem Beschluss des Parteiausschusses ausdrücklich unerwähnt geblieben.

Hinter der Herausgabe der "Fackel", der "Freien Verlagsgesellschaft" und der "Marxistischen Büchergemeinschaft" steht nur ein kleiner Teil der mit der gegenwärtigen taktischen Haltung der Sozialdemokratie nicht einverständlichen sogenannten Opposition. In der Parteiausschusssitzung vom Dienstag hat sich der Vorsitzende der Bezirksorganisation von Chemnitz-Zwickau Böchel eindeutig von diesen Bestrebungen distanziert. Er erklärte ausdrücklich, er habe sich an diesen Bestrebungen nie beteiligt und er stelle die Einheit der Partei über alles.

Dass die Unterzeichner der Erklärung sich aber von der gleichen Absicht zur Erhaltung der Einheit der Partei leiten liessen, muss stark bezweifelt werden. Zum Beweis für diese Auffassung wollen wir für heute nur noch auf zwei Tatsachen hinweisen :

Uns liegt ein Hundschreiben der "Freien Verlagsgesellschaft" vom 22. September (!) vor, in dem mitgeteilt wird, dass man unbedingt an der bisherigen Auffassung festhalte, und dass die "Fackel" weiter herausgegeben werde.

Wenn zwei Tage nach der Sitzung des Parteiausschusses bereits die Erklärung der Freien Verlagsgesellschaft von acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet worden ist, von denen die meisten ausserhalb Berlins wohnen, so kann man daraus wohl auch einen gewissen Rückschluss ziehen, wie sorgsam die jetzige Aktion vorbereitet ist und wie eng die sonderorganisatorischen Verbindungen bereits gediehen sind.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass im Jahre 1925 auf dem Heidelberger Parteitag unter der Führung von Seydewitz die Zwickauer Parteiorganisation den vom Parteitag angenommenen Antrag stellte, durch den Sonderkonferenzen und Sonderveranstaltungen jeglicher Art verboten wurden.

Die Meinungsfreiheit ist in der Sozialdemokratie in keiner Weise bedroht. Bedroht ist die Einheit der Partei durch Sonderaktionen und Sondervereinigungen einer kleinen Gruppe, deren Disziplin nicht ausreicht, sich dem Ganzen einzufigen.

Was sich daraus zwangsläufig ergibt, ist zum Schluss der am Dienstag vom Parteiausschuss der S.P.D. einstimmig angenommenen Entschliessung eindeutig niedergelegt. Dort heisst es: "Der Parteiausschuss fordert den Parteivorstand auf alle zur Erhaltung der Parteeinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen"!.

SPD. Prag, 24. September (Eig. Drahtb.)

Der frühere Generalstabschef und jetzige Faschistenführer, Abg. Gajda, wurde am Donnerstag von dem höchsten tschechischen Gericht in Brünn für unwürdig erklärt weiterhin Pension als General zu beziehen und ein Abgeordnetenmandat auszuüben.

Gajda hatte im August 1927 in einer Sommerfrische bei Prag einen Ueberfall auf einen hohen Staatsbeamten, der mit dem Studium seiner Untersuchungsakten betraut war, inszeniert. Mehrere Faschisten drangen damals im Auftrage Gajdas am frühen Morgen in die Wohnung des Beamten ein und bedrohten ihn und

seine Frau mit dem Revolver. Mit dem Bemerken, in Prag sei die Revolution ausgebrochen und Massaryk wäre nicht mehr Präsident, forderten sie von dem Beamten die Aushändigung eines angeblichen Briefes von Massaryk in Sachen Gajda. Die Faschisten mussten aber unverrichteter Sache abziehen. Gajda wurde dann im Jahre 1929 wegen dieses Ueberfalls vom Kreisgericht in Prag zu zwei Monaten Kerker verurteilt. Seine Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil wurde dieser Tage vom obersten Gericht in Brünn verworfen und das Urteil bestätigt. Am Donnerstag ergänzte das oberste Gericht das Urteil dahin, dass Gajda sich einer niedrigen und unehrenhaften Handlung schuldig gemacht habe. Diese Entscheidung hat zur Folge, dass Gajda sowohl seine Pension als General als auch sein Abgeordnetenmandat verliert.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Da die Spanische Regierung die 1928 mit Deutschland getroffene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkwanges mit Wirkung vom 25. September 1931 gekündigt hat, wird der deutsche Sichtvermerkwang vom genannten Tage ab für spanische Staatsangehörige ebenfalls wieder eingeführt.

SPD. Essen, 24. September (Eig. Drahtb.)

In dem Lohnstreit der rheinisch-westfälischen Strassenbahnen wurde am Donnerstag zwischen den Parteien eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne ab 1. Oktober um vier Prozent gesenkt werden; das Hausstandsgeld wird weitergezahlt. Die Unternehmer hatten zehn Prozent Lohnabzug und den Fortfall des Hausstandsgelds verlangt. Die Vereinbarung läuft bis zum 1. März 1932.

Die Zeche vereinigte Preussen in Bochum der Bergbau A.G. Lothringen hat 300 Bergarbeitern, die Zeche Mont Cenis in Herne 600 Arbeitern und 40 Beamten zum 15. Oktober gekündigt.

SPD. Im Reichsjustizministerium ist man zurzeit bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, der Privatgesellschaften die Möglichkeit geben soll, Angestelltenverträge, auch wenn sie über einen längeren Zeitraum oder lebenslänglich laufen, dann zu kündigen und neu festzusetzen, wenn die Gehaltsbezüge eine bestimmte, von der Reichsregierung festzusetzende Summe übersteigen

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Stoffen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Der Geist der S.A.

SPD. Die Partei des Herrn Hitler ist ein Sammelbecken für proletarisier- te Mittelständler und für jene Angestellte, die immer mehr in eine proletarie- mässige Existenz herabsinken. Diese Existenzen sind Proletarier, aber sie wol- len es nicht sein. Sie klammern sich krampfhaft an die Bürgerlichkeit, an die Honorigkeit, sie wollen etwas Besseres sein als die Arbeiter. Diesen Affekten- kommt die nationalsozialistische Ideologie entgegen. Sie füttert diese prole- tarisierten Existenzen mit hochtönenden Worten und nationalistischen Phrasen, aber sie kann nicht verhindern, dass ihre Truppen dieselbe geistige Haltung- zeigen, die schon immer als der Sozialismus des dummen Kerls bezeichnet wor- den ist.

Namentlich die Bürgerkriegstruppe der Nationalsozialisten, die S.A. steht der Arbeiterbewegung hasserfüllt gegenüber. Der Geist der Mordjetze und der widerlichst Verleumdung entspringt dem krampfhaften Bemühen, nicht für einen Proletarier gehalten zu werden. Dieser Geist der Mordnetze enthüllt sich täglich in den unflätigsten Zuschriften, die bei der sozialdemokratischen Presse ein- laufen. Wir hängen eine dieser Zuschriften niedriger. Sie besteht aus einem Flu- blatt oppositioneller Nationalsozialisten, die für Franzen gegen Hitler Stellung- nehmen. Dies Blatt, das einen hitlertreuen SA-Mann geärgert hat, ist uns zuge- sandt worden, überschmiert mit Hakenkreuzen und den folgenden Inschriften:

"Gelobt sei der Tag, an dem wir uns rächen! Ihr seid des Todes! Das ist unser heiligster Schwur. Das Dritte Reich ist Euer Grab. Statt Grossbauten La- ternenpfähle, an denen Ihr pendelt. Euch ist Hakenkreuz der Tod. Wir sind die Henker Eures Leibes, damit Deutschland kann leben. Ihr seid dem Tod geweiht, Ihr aufgewärmten Leichen! Verrecken werdet Ihr bei lebendigem Leibe! Juden und Wanzen eine Kategorie von Säugetieren, deshalb Vernichtung aller Juden. Juda, Deine Henker sind geboren, Deutschland erwacht. Weder Geld noch Reichsbananen halten Deinen Tod auf. Du bist da, um ausgerottet zu werden. Wir werden diese Tat vollbringen. Tod den Marxisten. Heil Hitler. Deine Henkersknechte."

Diese Zuschrift zeigt die wohlausgeschriebene Handschrift eines kaufmän- nischen Angestellten, sie spiegelt den echten Geist der SA. Der kleine Hand- lungsgehilfe, der mit Schrecken an die Dauerarbeitslosigkeit denkt, an sein- winzig kleines Einkommen, an die Aussichtslosigkeit seiner Zukunft fühlt sich gehoben und als Held, wenn er hochtrabende, blutrünstige Drohungen ausstossen kann. Gegen wen? Gegen ein Arbeiterblatt und die Arbeiterpartei! Er tröstet sich dann damit, dass er wenigstens keiner von den von ihm beschimpften Pro- leten ist.

Hakenkreuz-Scherzartikel.

Wir lesen im "Völkischen Beobachter" das folgende Inserat: "Hände hoch, praktisches Scherz-Zigarettenetui in Browning-Form, Stück M.1,35." Der Fabri- kant weiss, warum er diesen sogenannten Scherzartikel ausgerechnet im "Völki- schen Beobachter" inseriert. Es ist die höchste Sehnsucht der unreifen Haken- kreuzburschen die Pistolen in der Tasche zu tragen und mit ihr zu prahlen. Wenn sie die Pistole in der Tasche haben, rühlen sie sich bereits als Helden. Reicht das Geld aber nicht zur wirklichen Pistole, so kann man sich wenigstens für M.1,35 eine Attrappe kaufen und in die Tasche stecken, die man dann bei Gele- genheit, namentlich wenn Mädchen zugegen sind, geheimnisvoll und flüchtig als

Ersatz für eine wirkliche Mordwaffe sehen lassen kann. Das nennt sich dann Hakenkreuz-Scherzartikel. Der Enderfolg solcher Scherze ist gar nicht scherzhaft: es ist die tägliche verlustliste im Krieg auf den Strassen!

Das hat uns gerade noch gefehlt!

In Berlin ist eine sogenannte Luftschutz-Liga gegründet worden. Ihrem Präsidium gehören u.a. der Oberbürgermeister von Berlin, und der Oberbürgermeister von Köln an. Sie sucht Vertreter aller Parteien für sich zu gewinnen, um als eine überparteiliche Organisation aufzutreten. Seit langem ist an einer derartigen Organisation gearbeitet worden. Die Reklame für Luftschutzläden und den Vertrieb von Gasmasken an Private gehört zu diesen Vorbereitungen. Von dem pessimistischen Standpunkt aus, dass ein künftiger Krieg doch wahrscheinlich sei, will man Vorbereitungen treffen für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe im Kriege.

Aber es steht hinter diesen Bestrebungen noch mehr. Die neue Zeitschrift der neuen Organisation zitiert zustimmend eine Äusserung des Wirtschaftsparteilers Sachsenberg:

"Der passive Luftschutz stellt in keinem Falle ein irgendwie befriedigendes Mittel dar, der Bevölkerung einen Schutz zu geben. Ein Volk nur passiv schützen zu wollen, gleiche dem Vorschlage, Kriegsschiffe nur zu panzern, aber ohne Kanonen zu lassen."

Und weiterhin wird eine Entschliessung der Rot-Kreuz-Konferenz 1930 in Brüssel zitiert, in der es heisst:

"Sie wünscht, dass die Regierungen auf eine aktive Verteidigung der dichtbevölkerten Siedlungen gegen Luftangriffe bedacht sind, Massnahmen rein militärischer Natur, die aber zum Schutze der Bevölkerung in erster Linie erforderlich sind."

Hier zeigt sich ganz deutlich, dass die Propaganda für passiven Luftschutz konsequenterweise in die Forderung der Luftaufrüstung einmündet. Das hat uns gerade noch gefehlt, dass auf dem Tiefpunkt der Krise und der Not neue Organisationen ins Leben gerufen werden, um Rüstungspropaganda zu betreiben. Es erhebt sich die Frage, ob öffentliche Mittel für diese neuen Organisationen und für ihre Propaganda benutzt werden. Wenn ja, so muss diesem Unfug schleunigst ein Ende gemacht werden.

Die Oase.

Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Die Krise schreitet immer weiter fort. Entsetzen und Zähneklappern erfüllt die kapitalistische Welt über den Sturz der englischen Währung. Die Ausstrahlungen dieser neuen Krise in der Krise werden die Arbeitenden aller Länder empfinden. Aber Gott sei Dank, es gibt noch Oasen! So lesen wir in den Münchener Zeitungen die folgende Erklärung der Saalinhaber und Pächter vom Löwenbräukeller, vom Mathäuser- und vom Bürgerbräukeller:

"Nicht die uns beliefernde Grossbrauerei, sondern wir unterfertigten Saalinhaber haben in unseren Sälen Oktoberfestvorfeiern angekündigt und veranstaltet. Wir haben diese Säle gepachtet, haben unsere Mieten, Steuern und sonstigen nicht geringen Lasten aufzubringen und deshalb wohl auch das gute Recht in diesen Sälen, das im übrigen heuer besonders gut gelungene Oktoberfestbier unserer Brauerei zu verkaufen. Ein Blick in die Tageszeitungen zeigt, dass die meisten übrigen Saalinhaber u.a. auch der Pächter des Münchener Hofbräuhauses den Ausschank des Oktoberfestbieres in ihren Ausschankstellen in der Stadt festlich gestaltet."

Glückliches München! Die Welt wackelt, aber dennoch ist ein Trost: das Oktoberfestbier ist heuer ganz besonders gut gelungen!

China-Krieg in Berlin W.

Der Japaner-Boycott im "Chinesenviertel" - Die Polizei greift ein - Boykottpatrouillen und verzweifelte Wirte - Wer schlägt hier wen?

SPD. Kantstrasse in Berlin-Charlottenburg. Hinter dem Savignyplatz, da, wo die Strassen physionomielos und kleinbürgerlich zu werden beginnen, ist das sogenannte "Chinesenviertel". Die fernöstliche Atmosphäre beschränkt sich auf ein paar Chinesenlokale, in denen tatsächlich, wenn auch tröstlicher Weise nicht ausschliesslich mit Stäbchen gegessen wird, und auf ein China-Kaufhaus, in dem man die wunderbaren seidnen Kimonos der Himmelssöhne und -töchter für nicht sehr billiges Geld erschwingen kann. Aber dieses China-Kaufhaus, das auch hübsche chinesische Handarbeiten, "Honan=Pongee" = und "Ninphan=Pongee" anbietet, lebt, wenigstens was die Bankeingänge angeht, mit dem Herzen in Mitteleuropa. Es ist nämlich Lieferant Berlinischer Beamtenvereinigungen.

+

Auch um diese zurückgezogenen Inseln der in Berlin lebenden Chinesen brandet die Sturmflut des blutigen chinesisch-japanischen Konflikts. Die Gäste der Chinesenlokale, meistens Studenten, die der Koumintang angehören, haben seit einigen Tagen eine Boykottbewegung gegen die Japaner inszeniert, die den China-Wirten alles andere als angenehm ist. Denn sowohl im Tientsin-Restaurant, das dem Mister Ho Kui Com gehört, als auch im Tsie Han-Restaurant des Mister Wen, der liberal genug ist, seinen Gästen zur Hai Chin, der echten chinesischen Salzkurke, auch Hamburger Bavaria Bier zu offerieren, kamen bisher Japaner und Chinesen mehr oder weniger einträchtig zusammen. Da jedoch das Hauptzentrum der Gäste natürlich Chinesen stellen, so führte die an sich begreifliche Empörung der Kuomintang-Studenten über den Ueberfall der japanischen Soldateska auf die Mandschurei bald zu sehr radikalen Beschlüssen. Am Dienstag und Mittwoch konnte man an den Schaufenstern der China-Restaurants die Bekanntmachung lesen: "Japaner werden hier nicht mehr bedient". Der Wirte handelten unter einem gewissen Druck ihrer chinesischen Kundschaft, als sie die Kriegserklärungen in die Fenster hängten.

+

Nun griff plichtgemäss die Berliner politische Polizei ein, die natürlich nicht dulden darf, dass sich der Krieg in der Mandschurei in einen kleinen Privatkrieg im Berliner Westen fortzusetzen beginnt. Auch wenn es hier nicht um Eisenbahnlinien, sondern nur um Reisschüsseln geht - Krieg ist Krieg. Herr Wen wurde gewissermassen als der Hauptgastwirt aufs Polizeipräsidium beordert; man sagte ihm, dass die Polizei in den Plakaten eine Aufreizung zum Klassenhass sähe; die chinesischen Lokale wären der deutschen Gesetzgebung unterworfen, sie hätten sich ihr zu fügen. Herrn Wen wurde weiter gesagt, dass er mit der Schliessung der kriegerischen Lokale rechnen müsse, falls er und seine Kollegen die aufreizenden Plakate nicht entfernen.

Daraufhin bekamen es die Chinesenwirte mit der Angst zu tun. Sie nahmen die Kriegserklärungen aus dem Schaufenster heraus.

+

Grosse Aufregung nun bei den chinesischen Studenten. Sie versammelten sich zwar in den Chinesen-Lokalen, dachten aber gar nicht daran, ihren Reis und ihr Huhn zu verzehren, sondern debattierten erregt. Das Ergebnis der Debatten war der Beschluss, die Stammlokale solange zu meiden, bis die Kriegserklärung wieder ins Fenster gehängt werde. Die Kuomintang-Leute haben die Lokalsperre sehr streng organisiert -, Boykottpatrouillen kontrollieren die Gaststätten und

solidaritätsbrüchige Chinesen werden "im Interesse der gemeinsamen Sache" dringend ersucht, sich der Boykottbewegung anzuschliessen. Die Wirte jammern und zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sie sich ihre verlorenen Einnahmequellen wieder zurückerobern können. Herr Wen hat sich an die chinesische Gesandtschaft gewandt, um vom Berliner Polizeipräsidenten die Zurücknahme des Plakatverbots zu erreichen: er möchte gern die Kriegserklärung wieder ins Fenster hängen. Ein entsprechendes Ersuchen der chinesischen Gesandtschaft müsste über das Auswärtige Amt geleitet werden; aber weder bei dieser oder bei jener Stelle scheint viel Neigung zu bestehen, den brachgelegten Küchenherd der Chinesen-Wirte zum Konfliktherd werden zu lassen. Vorläufig hat die chinesische Gesandtschaft sich gar nicht ans Auswärtige Amt gewandt.

+

So war die Situation am Donnerstag auf dem chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz in Berlin. Ein Gang durch die Chinesenlokale der Kantstrasse zeigt die starke Wirkung des Boykotts. Der Besuch ist ausgesprochen schlecht, die durchhaltenden Gäste schleichen sich sozusagen auf den Sohlen des schlechten Gewissens in die boykottierten Lokale. Aber die chinesischen Studenten sind unerbittlich. Sie wollen ihre Boykottplakate wieder in den Fenstern haben; sie lehnen es ab, mit einem Japaner im gleichen Raum, oder - nicht auszudenken! - am gleichen Tische zu sitzen. Ob nun wirklich die friedlichen japanischen Auslandsstudenten mit eroberungssüchtigem japanischen Militär ohne weiteres zu identifizieren sind? Die Chinesen, an die man diese Frage richtet, geben klare Antwort.

Nun, auch hier bewahrheitet sich die alte Erfahrung: die Pest des Krieges frisst nicht nur die Menschen, sie trübt auch ihren Verstand.

+ + +

Zurückgekehrte Grönlandforscher. Die Assistenten des im Grönlandeis tödlich verunglückten Professor Wegener, Dr. Georgi und Dr. Sorge, sind an Bord des dänischen Schiffes "Hans Egede" in Kopenhagen eingetroffen. Die beiden Forscher äusserten sich ausführlich über den Tod Wegeners. Sie gaben der Meinung Ausdruck, dass der Gelehrte nicht erfroren sei, sondern infolge Herzschlag einen leichten und plötzlichen Tod gefunden habe. An sich wäre die Rückwanderung von Station Eismitte, wohin Wegener zusammen mit Dr. Löwe und dem Grönländer Rasmus Lebensmittel gebracht hätten, nicht nötig gewesen, da genug Proviant für fünf Mann für den ganzen Winter vorhanden gewesen wäre. Löwe sei in der Station Eismitte zurückgeblieben, weil ihm die Füße erfroren waren, aber Rasmus und Wegener hätten zusammen die Rückwanderung zur Küstenstation angetreten. Offenbar sei Wegener den Anstrengungen dieser Reise nicht gewachsen gewesen. 189 Kilometer von der Küste entfernt, habe man seine Leiche im Schnee gefunden. Rasmus, über dessen Schicksal man noch immer nicht Bescheid wisse, habe die Skier des Gelehrten als Totenmal bei der Leiche aufgerichtet. Zurzeit waren noch 14 Mitglieder der Wegener'schen Expedition in Grönland. Ihre Rückkehr sei bald zu erwarten.

+ + +

Vereitelter Sprengstoffanschlag. In Stolberg bei Aachen wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Villa des bekannten Druckknopffabrikanten Prym und auf einen Eisenbahnviadukt rechtzeitig aufgedeckt. Von einem Versteck aus belauschte ein Schmutzler ein Gespräch von zwei unbekanntem Männern, die sich über die Ausführung eines von ihnen geplanten Attentats unterhielten. Die beiden Fremden, die trotz sofort aufgenommener Verfolgung nicht mehr gefasst werden konnten, liessen eine Kiste zurück, die ein mit Sprengstoff gefülltes an beiden Seiten zusammengeschweisstes Eisenrohr von 60 Millimeter Länge enthielt, ferner eine gleichfalls Sprengstoff enthaltende rohrförmige Blechbüchse, zwei Zündschnüre, ein Reagenzglaschen mit einer in Watte eingewickelten Sprengkapsel, einen mit sechs scharfen Patronen geladenen Trommelrevolver und ein kleines Seitengewehr.

+ + +

Neuer Flugrekord? In Wyndham (West australien) startete der bekannte eng-
lische Armeeflieger Kingsford Smith zu einem Flug nach England; Kingsford Smith
hat die Absicht, den bisherigen Zeitrekord für den Distanzflug Australien-Eng-
land zu brechen.

+ + +
Vor dem Calmette-Prozess. Am 12. Oktober beginnt in der Städtischen Haupt-
turnhalle in Lübeck der auf zwei bis drei Wochen berechnete Calmette-Prozess ge-
gen die für das Lübecker Kindersterben verantwortlichen Aerzte. Die Angeklagte
sind Professor Dr. Deyke, Obermedizialrat Dr. Altstädt, Professor Dr. Klotz und
die Schwester Anni Schütze. Professor Dr. Deyke wird u. a. von Professor Alsberg
verteidigt werden; unter den Rechtsvertretern der klagenden Eltern ist u. a.
Rechtsanwalt Frey-Berlin. Ausser zahlreichen Zeugen sind 16 medizinische Sach-
verständige geladen, unter ihnen der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Pro-
fessor Dr. Hamel, ferner Professor Dr. Lange vom Koch'schen Institut. Da auch vie-
le Vertreter von Universitäten und zahlreiche bekannte Aerzte anwesend sein
werden, wird der Lübecker Calmette-Prozess, zu dem das Material bereits jetzt 7
umfangreiche Bände umfasst, vollkommen das Gesicht eines medizinischen Kon-
gresses erhalten.

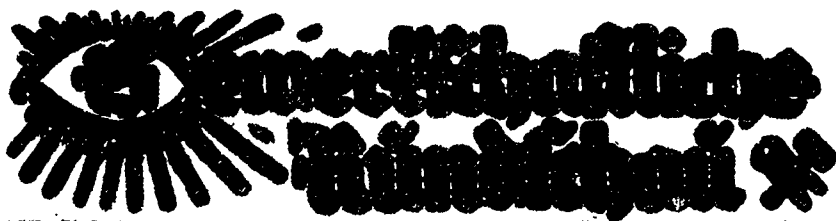
+ + +
Bankraub. In Chikago drangen sieben maskierte Räuber in eine Bank ein,
hielten unter Revolverdrohungen Personal und Kundschaft in Schach, rafften
10 000 Dollar zusammen und flüchteten in einem vor dem Bankgebäude wartenden
Kraftwagen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

+ + +
Raubüberfall. In Pétingen (Luxemburg) wurde auf einen Bankier von zwei
Banditen ein Raubüberfall verübt. Die Täter entrissen ihrem Opfer eine Mappe,
die 50 000 Francs in bar enthielt, und flüchteten. Passanten und Polizei ver-
folgten die Räuber, die zunächst versuchten, sich ihre Verfolgung durch Re-
volvererschüsse vom Leibe zu halten. Als die Banditen sahen, dass sie eingekreist
waren, erschoss sich einer, der andere wurde verhaftet.

+ + +
Wenn der Schleier fällt. Mehrere Hundert Perserinnen veranstalteten auf
dem Marktplatz zu Teheran ein Meeting, bei dem sie die Symbole der früheren
Frauensklaverei, Mantel und Schleier, verbrannten. Es wurde dann eine Bron-
zeplakette in das Strassenpflaster eingelassen, die die Worte trägt: "Hier
ruht der Mantel, das Zeichen der persischen Frauensklaverei".

+ + +
Ein Walfisch-Friedensjahr. Die Ueberproduktion an Waren und die vermin-
derte Absatzkrise haben es mit sich gebracht, dass sie skandinavischen Walöl- und
Lebertranlager überfüllt sind. Der norwegische Walfängerverein, der alljährlich
grosse Schiffe zur Waljagd ausrüstet, hat daraufhin beschlossen, ein Jahr lang
keine Wale zu fangen, um die Preise nicht noch mehr zu drücken.

+ + +
Unerwartete Hilfe im Streik. Die Textilarbeiter in Paterson in Amerika
stehen seit einigen Wochen in Streik, der durch die rigorosen Abwehrmassnah-
men der allmächtigen Unternehmer erbitterteste Formen angenommen hat. Die Re-
pressalien, die sich besonders auch gegen die Frauen und die unschuldigen Kin-
der der Streikenden richten, haben die Bevölkerung von Paterson so erregt, dass
sogar die Frauen der Textilherren sich für die Streikenden erklärt haben. Sie
erklärten in einer öffentlichen Kundgebung, dass sie mit der Brutalität, mit der
ihre Männer vorgehen, nicht einverstanden wären und dass sie ihren Einfluss da-
hin ausüben wollten, dass der Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet wird.



Das Arbeitstempo steigt.

(Dafür aber Lohnabbau)

SPD. Während das Unternehmertum immer wieder nach neuem Lohnabbau schreit, wird die Arbeitsleistung ins Unermessliche gesteigert. Der "Textilarbeiter", das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, entwirft ein Bild über die menschenunwürdige Antreiberei, die sich überall immer mehr einbürgert.

"Nachdem es der Direktion der Vereinigten Glanzstoffabriken, Werk Elsterberg, gelungen ist", so schreibt der "Textilarbeiter", "in den Abteilungen Spulerei, Weiferei und Sortierungen das Bedauxsystem durchzusetzen, geht sie nunmehr dazu über, auch in der Spinnereiabteilung dieses System einzuführen. Das Vorgehen ist geradezu brutal. Zwei Personen sollen in Zukunft zehn Spinnmaschinen bedienen. Die überflüssig gewordenen Kräfte sollen vorläufig Hofarbeit verrichten, während von den in der Spinnerei zurückgebliebenen Kräfte eine unerhörte Mehrleistung verlangt wird. Man hat den Arbeitsgang des Spinners in drei verschiedene Arbeitsvorgänge zerlegt. So soll ein Arbeiter nur die Spulen auf- und abstecken, ein zweiter nur die Düsen kontrollieren, waschen und die Fäden überführen. Eine dritte Hilfskraft soll das Reinigen der Spinnmaschinen besorgen. Aus den Schilderungen der Kollegen, die nur einige Tage diese Tätigkeit ausüben mussten, geht hervor, dass ihnen die Arbeit direkt zur Hölle geworden ist. Ausser der viertelstündigen Frühstückspause innerhalb der acht Stunden bleibt keine Zeit, um die Notdurft zu verrichten. Körperliche Höchstleistungen werden bei dem Spulen, Auf- und Abstecken verlangt, die über die Grenze des Erträglichen hinausgehen und bei einer Anzahl Spinnern schon in wenigen Tagen zu einer solchen Erschöpfung führten, dass sie unfähig waren, die Arbeit fortzusetzen. Aus anderen Schilderungen geht hervor, dass dieses übersteigerte Tempo jedwedes Denkvermögen ausschaltet und zu Nervenzusammenbrüchen führt. Die ganze Schwere des verrückten Verlangens seitens der Direktoren lässt sich erst dann voll begreifen, wenn man dabei berücksichtigt, dass bei schlechter verdorbener Luft diese Höchstleistungen verlangt werden."

Selbstverständlich hat die Direktion neue Lohnkürzungen angekündigt. Die Direktion wird sich sagen lassen müssen, dass der Krug so lange zum Brunnen geht bis er bricht.

SPD. Der britische Gewerkschaftsbund hat gelegentlich seines letzten Kongresses seine Mitgliederzahl mit 3 719 401 angegeben gegenüber 3 744 320 im vorigen Jahre. Der geringe Rückgang ist auf die schwierige Lage verschiedener Industrien (z.B. der Textilindustrie) zurückzuführen. Sieht man von diesen Industrien ab, so kann festgestellt werden, dass aufgrund der speziellen Organisationskompanie des Generalrats im vergangenen Jahre nicht weniger als 100 000 neue Mitglieder gewonnen wurden.

SPD. Die sogenannte Artamanenbewegung ist von der Fleite ereilt worden. Vor dem Amtsgericht Fischhausen in Ostpreussen musste das Konkursverfahren über das Vermögen des Bundes Artam e.V. eröffnet werden. Zugleich haben einige Gauleiter ihren Austritt aus dem Bund erklärt, womit er wohl praktisch erledigt sein dürfte. Mit diesem Bund verschwindet eine Organisation, die hinter den Kulissen der "freiwilligen Arbeitsdienstpflicht" den Landarbeitern schmutzige Konkurrenz machte und sich darin gefiel, den Gewerkschaften, wo es nur ging, Schwierigkeiten zu bereiten.

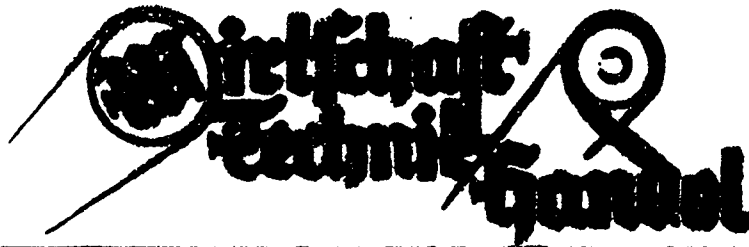
Die Ursachen der Fleite sind in starker Verschuldung des Bundes zu suchen. Die Gauführer erklärten im Anfang, die Schulden allmählich durch Beiträge tilgen zu wollen. Als es dann soweit war, diese Beiträge zu zahlen, haben sie verzichtet. So zog man vor, den Konkurs anzumelden. Der Geschäftsführer des Bundes erklärte, dass er sein Amt niederlege, weil die Gauführer ihren Gau über den Bund stellen und weil fernerhin eine positive Arbeit unmöglich ist bzw. unmöglich gemacht wird.

SPD. Die Lohntarifverhandlungen im Aachener Steinkohlenbergbau sind ver- tagt worden. Sie sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn für den Ruhrberg- bau ein Ergebnis vorliegt. Die Unternehmer im Aachener Revier verlangten, eben- so wie die in Westfalen, einen Lohnabbau von mindestens 12 Prozent. Die Forde- rung wurde von den Arbeitnehmervertretern als untragbar bezeichnet und abge- lehnt.

SPD. Die Eisenbahnverwaltung Krakau hat die Löhne der zeitweiligen Eisenbahnarbeiter um etwa 10 Prozent gekürzt, sodass die Tagelöhne dieser Ar- beiterkategorie 2,80 bis 3,20 Zloty betragen (1 Zloty = etwa 0,50 Mark). Die Kürzung ist umso empfindlicher, als diese Arbeiter Kurzarbeit leisten; sie sind nur 15 Tage monatlich beschäftigt. Folglich bekommen sie im Monat wahre Hungerlöhne von 42 bis 28 Zloty. Es ist zu erwarten, dass die Verwaltungen in anderen Eisenbahnzentren dem Beispiel der Krakauer Verwaltung bald folgen wer- den.

SPD. Der zuständige Demobilmachungskommissar hat dem Antrag der Wolf- Netter und Jacobi-Werke auf Stilllegung ihrer Betriebe im südlichen Westfalen stattgegeben. Nachdem man schon längere Zeit nur noch drei Tage in der Woche arbeiten liess, werden nunmehr die verbliebenen 700 Arbeiter zum 1. Oktober arbeitslos.

SPD. Aufgrund einer intensiven Organisationskampagne ist es dem Nieder- ländischen Gewerkschaftsbund gelungen, seine Mitgliederzahl in den Jahren 1927 bis 1931 von 200 000 auf 300 000 zu erhöhen.



England und die Rohstoffmärkte.

Die Entwertung des Pfundes hat die Märkte in eine wahnwitzige Unordnung gebracht.

SPD. Angesichts der Vorgänge in England taucht die bange Frage auf, welche Rückwirkungen die Entwertung des englischen Pfundes auf die Rohstoffmärkte haben wird. Die Ursachen für die gegenwärtige Wirtschaftskrise liegen zum guten Teil in der Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten. Eine neue Erschütterung der Märkte muss die Krise weiter verschärfen.

Nun wird das englische Pfund in Berlin mit etwa 16,70 Mark notiert gegenüber 17,60 Mark vor Eintritt der englischen Katastrophe. In anderen Ländern ist die Entwertung des Pfundes weit grösser. Eine solche Entwicklung kann - und wird sehr wahrscheinlich - die englische Wirtschaft anregen. Ob der damit einsetzende grössere Verbrauch und die grössere Nachfrage aber nachhaltigen Einfluss auf die Rohstoffmärkte haben werden, muss bezweifelt werden. Denn das Problem der Rohstoffmärkte ist schon lange kein Preisproblem mehr, sondern ein Mengenproblem, eine Frage der ungeheuren Vorräte, die den normalen Bedarf weit übersteigen. Andererseits muss eine Entwertung des englischen Pfundes den Verkaufsdruck auf den Rohstoffmärkten erhöhen. England ist eben nicht nur grosser Rohstoffimporteur, sondern auch Rohstoffexporteur grössten Stils. Aber selbst wenn sich hier die schlimmsten Befürchtungen nicht verwirklichen, bleibt eine Menge Fragen, die im Augenblick kaum beantwortet werden können. Dafür sind die englischen Verhältnisse im Augenblick viel zu undurchsichtig. So wird z.B. die eine Frage erörtert, ob England bewusst Inflation machen will oder ob es nur eine Kampfstellung gegenüber Frankreich und Nordamerika eingenommen hat. Mögen die Dinge nun liegen wie sie wollen, die Gefahr besteht immerhin, dass England in ähnlicher Weise aus der Weltwirtschaft ausscheidet wie Deutschland. Schliesslich kann man aber mit Amerika und einigen Industriestaaten in Europa keine Weltwirtschaft machen. Das sind Gründe, die die Notwendigkeit einer Verständigung auf weltwirtschaftlichem Gebiet zwingend beweisen. Vorerst aber muss man in Kauf nehmen, dass durch die englischen Verhältnisse die Märkte in eine geradezu wahnwitzige Unruhe geraten sind. Es ist nicht allein das englische Pfund, das dazu beigetragen hat, vielmehr ist zu verzeichnen, dass die Krise von London aus nach Kanada und Dänemark, beide wichtige Exporteure, übergegriffen hat.

In welcher Verfassung sind nun die Rohstoffmärkte, um dem Stoss, der von der Geldentwertung ausgeht, Widerstand leisten zu können? Tröstliches lässt sich kaum sagen.

Am besten steht es noch um den Getreidemarkt. Hier hat das neue Erntejahr eine sehr eigentümliche Lage geschaffen. Einmal sind die europäischen Ernten mengenmässig zwar nicht schlecht, allerdings bei weitem nicht so gross ausgefallen, wie man noch im Hochsommer erhoffte. Dafür haben aber grosse Teile der später geernteten Frucht, vor allem Weizen und Hafer, schwer gelitten. Unter Umständen kann sich daraus die Notwendigkeit ergeben, beträchtliche Mengen von Brotgetreide, in erster Linie also Weizen, aus Ueberssee nach den europäischen Ländern zu schaffen. Vorausgesetzt allerdings, dass die fortschreitende Wirtschaftskrise den Brotverbrauch in Europa nicht katastrophal abdrosselt. Al-

Urdings hat sich die Situation in den Getreidereservoirs der Ueberseestaaten gegenüber dem vorigen Jahr verändert. Die Ernte von Sommergetreide ist in der nordamerikanischen Union und in Kanada ungewöhnlich schlecht ausgefallen. Die Anbauflächen auf der südlichen Erdhälfte, insbesondere in Argentinien und Australien, haben sich nicht unerheblich verringert. Dagegen stehen den Märkten noch immer die bekanntesten riesigen Uebergangsbestände aus der vorigen Ernte zur Verfügung. Ueberdies machen sowohl Argentinien, wie auch die Donauländer und die nordamerikanische Union recht grosse, z.T. aussergewöhnlich hohe Fut- tergetreideernten, sodass auch der Gesamtmarkt von dieser Seite her unter Druck gehalten wird.

Noch empfindlicher erscheint der Markt für Textilstoffe zu liegen. So eröffneten z.B. die Londoner Wollversteigerungen im September mit Rückschlägen von 15 bis 20 Prozent gegenüber den Versteigerungen im Juli. Das entspricht nur der Preissenkung, die sich in der Zwischenzeit bereits in den Kammzugnotierungen bemerkbar gemacht hat. Im übrigen scheinen auch die Schuren in diesem Jahr wieder grösser auszufallen. Für die Baumwolle liegt die Rekordern- te in Nordamerika vor. Sie hat den an sich wenig widerstandsfähigen Markt wei- ter verflauen lassen und in den interessierten nordamerikanischen Staaten wird ganz ernsthaft der Plan erörtert, gesetzlich Anbaueinschränkungen vorzuschrei- ben. Man hat damit in Aegypten äusserst schlechte Erfahrungen gemacht. Sie scheinen aber in der kapitalistischen Wirtschaft nur gemacht zu werden, dass man sich darüber hinwegsetzt.

Der Markt für Kolonialwaren (Kaffee, Gummi und Zucker) liegt äusserst schlecht. Die Kaffeeländer ersticken unter ihren Vorräten. Die Autoindustrie, die Hauptabnehmerin für Gummi ist, geht weiter zurück. Hinsichtlich der Zucker- exportdrosselungen machen sich politische Schwierigkeiten, besonders in Kuba, bemerkbar.

Noch pessimistischer ist der Kupfermarkt zu beurteilen. Die erneut gemach- ten Versuche, die Grubenbesitzer der verschiedenen Länder zu einer gemeinsamen Einschränkung der Produktion zu veranlassen, sind gescheitert. Das hat einen erneuten Preissturz zur Folge gehabt. Die übrigen Metallmärkte stehen stim- mungsmässig unter Druck der Vorgänge auf dem Kupfermarkt. Beim Zinn kommt noch hinzu, dass die Versuche, grosse Mengen einzusperren und dem Markt für länge- re Zeit zu entziehen, nicht überall auf Gegenliebe gestossen sind,

Es sieht garnicht danach aus, als ob die Märkte starken Widerstand leisten können. Demnach hat man mit einer allgemeinen Verflauung zu rechnen, die na- türliche Auswirkungen auf die Wirtschaftslage in allen Ländern haben muss. Hof- fentlich verstärken die trüben Aussichten den Appell an das Solidaritätsgefühl der Völker. Es ist die Zeit gekommen, wo gemeinsame Wege zur Rettung gefunden werden müssen.

SPD. Der bekannte Waggonkonzern Orenstein & Koppel hat in grösserem Aus- mass Angestellten gekündigt, die jahrelang bei diesem Unternehmen tätig sind. Man kann der Firma Orenstein & Koppel nicht den Vorwurf machen, dass sie jemals in der Behandlung ihrer Angestellten und Arbeiter eine übertriebene Sentimentalität an den Tag gelegt hätte. Das Verhalten der Geschäftsleitung ihren Angestellten gegenüber ist auch früher überwiegend von Zweckmässigkeits- erwägungen bestimmt worden. Immerhin muss aber dem verstorbenen Geheimrat Benno Orenstein nachgesagt werden, dass er gerade aus diesen Ueberlegungen heraus die Verdienste und die Bedeutung dienstältester Angestellter für das Unternehmen zu schätzen wusste. In dieser zum mindesten klugen und auch für die Angestellten erträglichen Personalpolitik ist jetzt aber eine grundlegende Aenderung eingetreten, nachdem der Sohn des verstorbenen Geheimrats, Alfred Orenstein, die Geschicke des Unternehmens vorwiegend leitet. Alfred Orenstein ist offenbar ein blindwütiger Anhänger der vielgerühmten Verjüngungstheorie,

ein Standpunkt, der sich in der Praxis in einem rücksichtslosen Massenabbau von dienstältesten Angestellten austobt.

In den letzten Monaten sind Dutzende von verdienten Ingenieuren und Kaufleuten abgebaut bzw. gekündigt worden, von denen keiner unter 25 Jahre, die meisten aber über 30 Jahre im Dienste des Unternehmens beschäftigt waren. Erst vor einigen Tagen ist hunderten von Angestellten in der Zentrale und in den Fabriken Drewitz und Spandau zum nächstzulässigen Termin gelündigt worden. Unter den Neugekündigten befinden sich ca. 50, die über 20 und 30 Jahre, teilweise sogar 40 Dienstjahre bei der Firma Orenstein & Koppel verbracht haben. Es handelt sich dabei um Spezialisten, die für die Firma Orenstein & Koppel von ausserordentlichem Wert sind, die aber nach Lage der Dinge nirgends mehr unterkommen werden und mit absoluter Sicherheit über die Stappen Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge, Wohlfahrtsunterstützung dem Staat zur Last fallen.

Gewiss gehen auch die Geschäfte bei Orenstein & Koppel wie überall nicht gut. Das trifft aber bei allen vergleichbaren Unternehmungen der Berliner Metallindustrie zu. Ja, es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, dass in vielen Unternehmungen Auftragsbestand und Finanzlage wesentlich schlechter sind als bei Orenstein & Koppel, ohne dass solche, von keinem menschlichen Gefühl beeinflussten Massnahmen zu beobachten wären. Es handelt sich hier um einen Akt unsozialen Verhaltens, der die breiteste Oeffentlichkeit interessiert, der dem Reichsarbeitsministerium, vor allem aber dem Reichsverkehrsminister Anlass zum Einschreiten geben sollte. Die Firma Orenstein & Koppel erhält vom Reichsbahnzentralamt laufend Aufträge für Gleis- und Weichenanlagen und andere Eisenbahnbedarfsartikel und als Gegenleistung entledigt sich die Firma der älteren Angestellten, die unweigerlich Staat und Gemeinden bis an ihr Lebensende belasten.

Die Deutsche Wagenbau-Vereinigung, deren Präsident Alfred Orenstein ist, hat erst vor einiger Zeit an den Reichspräsidenten und an die in Frage kommenden Minister des Reiches und der Länder eine Denkschrift über die Notlage der Deutschen Waggonbau-Industrie gerichtet, in der soziale Erwägungen eine bedeutsame Rolle spielen. Orenstein wartet das Ergebnis dieser Aktion, die durch Parallelverhandlungen der Gewerkschaften unterstützt wird, garnicht erst ab und entledigt sich der sozialen Risiken, ohne sich um das Schicksal von Arbeitern und Angestellten, die, wie es in der Denkschrift heisst, in Arbeitslosigkeit und Elend gestürzt werden, weitere Gedanken zu machen. Wahrscheinlich soll dadurch die Zeichnung der Amnestieanleihe, deren finanzielles Ergebnis der Reichsbahn für ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung gestellt werden soll, günstig beeinflusst werden.

SPD. Die Wirtschaftskrise häuft Unsinnigkeiten auf Unsinnigkeiten: In einer Zeit, wo Millionen kaum noch Fleisch essen, haben wir in Deutschland den höchsten Schweinebestand erreicht. Nach der Zusammensetzung der Bestände ist damit zu rechnen, dass wir in der Zeit von Januar 1932 bis etwa Juni 1932 äusserst tief liegende Schweinepreise erhalten. Dann dürfte, infolge der Produktionsdrosselung, der Preis wieder ansteigen.

Nach der Schweinezählung vom 1. September 1931 ergibt sich ein Schweinebestand von 25,3 Millionen Stück; gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet das eine Bestandserhöhung um rund 1,9 Millionen Tiere = 8,2%. An dieser Zunahme sind alle Altersklassen beteiligt. Seit der Junizählung 1931 hat sich der Gesamtschweinebestand um 2,8 Millionen Tiere = 12,5% vergrößert. In der Vergleichszeit des Vorjahres betrug dagegen die Zunahme 3,6 Millionen Tiere = 18,3% und im Jahre 1929 rund 2,8 Millionen Tiere = 16,7%.

SPD. Der Wochenumsatz im Zentralverband Deutscher Konsumvereine wird für den Monat August 1931 mit 6,47 Mark angegeben gegenüber 8,12 Mark im August 1930 und 8,78 Mark im August 1929. Der Rückgang im Umsatz erscheint besonders scharf gegenüber dem Monat Juli 1931, wo immerhin ein Durchschnitt von 7,07 Mark zu verzeichnen war. Er macht etwa 8,5 Prozent aus. Der Zentralverband bemerkt zu dem Umsatzrückgang u.a. folgendes: "Die Verringerung des durchschnittlichen Wochenumsatzes je Mitglied der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Vorjahr verdient eine vorsichtige Betrachtungsweise. Der Preisfall, die Einkommensschmälerung und der wachsende Mitgliederkreis der Konsumgenossenschaften (der Umsatz der neugewonnenen Mitglieder gleicht sich dem Durchschnittsumsatz des älteren Mitgliederstammes erst nach und nach an) beeinflussen die Entwicklung des konsumgenossenschaftlichen Durchschnittswochenumsatzes je Mitglied in einer besonderen Art."

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich mit den Ursachen und Wirkungen der englischen Währungsschwierigkeiten. Die Darstellung geht davon aus, dass durch die Misstrauenswelle gegen das englische Pfund der Kredit der englischen Wirtschaft erschüttert worden ist. Durch Einstellung der Gold-einlösung werden zwar die Zahlungen Grossbritanniens an seine ausländischen Gläubiger nicht berührt, die Zahlungen verlieren aber infolge der Entwertung des Pfundes an Realwert. Sollte diese Wertverschiebung sich vergrössern und längere Zeit andauern, so wäre für die ganze Welt mit einer beträchtlichen Störung der bisherigen Kredit- und Handelsbeziehungen zu rechnen.

Soweit die Abkehr von der Goldeinlöschungspflicht der Noten zu einem internationalen Absinken des Pfundkurses führt, sind sämtliche internationalen Inhaber von Pfundforderungen von Verlusten bedroht. Am stärksten müssen diese Verluste, die sich aus dem jeweiligen Disagio des englischen Pfundes ergeben, denjenigen Gläubiger treffen, der ausserhalb der englischen Grenzen den grössten Betrag an Pfundforderungen in einer Hand vereinigt. Das ist die Bank von Frankreich, die heute noch Pfunde im Gesamtbetrag von 10 Milliarden Francs (etwa 1,6 Milliarden Mark) besitzen dürfte. Die eigenen Mittel der Bank von Frankreich, allerdings ausschliesslich der nicht offen ausgewiesenen Reserven, betragen 450 Milliarden Francs. Ein Disagio des englischen Pfundes in Höhe von 5 Prozent würde genügen, die offen ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank von Frankreich aufzuzehren und den Wert der in den Händen des Privatpublikums befindlichen Aktien herabzudrücken. Eine über 10 Prozent hinausgehende Entwertung des englischen Pfundes würde der Bank von Frankreich Verluste zufügen, die voraussichtlich nicht mehr aus den eigenen Mitteln der Bank gedeckt werden könnten, und daher, um die Noteninhaber zu schützen, auf die Staatskasse und den französischen Steuerzahler übernommen werden müssten. Die Aktion der Bank von England hat also in überraschender Weise das privatwirtschaftliche Interesse der Bank von Frankreich und ihrer Aktieninhaber ausgelöst, in stärkerer Form als bisher um die Stützung des englischen Pfundes und die Aufrechterhaltung der internationalen Goldwährung besorgt zu sein.

Die deutsch-englische Kapitalverflechtung wird vom Konjunkturforschungsinstitut wie folgt angegeben: 1 1/2 Milliarde Mark langfristige Anleihen, 150 Millionen Mark Aktienbesitz und Beteiligungen, zum mindesten 1,25 Milliarden Mark langfristige Anlagen, über 2 Milliarden Mark kurzfristige Anlagen bei Banken usw. Die deutschen Forderungen an England dürften nicht sehr hoch sein; es handelt sich um Bankeinlagen und um Forderungen aus laufenden Waren- und Kreditgeschäften. Eine erhebliche Bedeutung dürfte dagegen den auf englische Pfund lautenden deutschen Forderungen an dritte Länder zukommen, z.B. aus dem Exportgeschäft nach Südamerika. Die Erleichterung, die sich für Deutschland als Schuldner, vor allem aus kurzfristigen Geschäften, bei einem erheblichen Sinken des Pfundkurses ergeben würde, dürfte daher zu einem nicht

unbeträchtlichen Teil durch den Schaden, den es als Gläubiger erleidet, kompensiert werden. Noch bedeutender sind aber voraussichtlich die Erschwerungen des Reimboursgeschäftes (Einfuhr- und Ausfuhrgeschäfte) im allgemeinen: um so bedenklicher, da ein sehr grosser Teil der deutschen Exporte auf englische Reimbourskredite angewiesen ist.

SPD. Der Landesverband Preussen im Bund Deutscher Mietervereine protestiert in einer Kundgebung dagegen, dass trotz der Notlage der öffentlichen Finanzen und der erfolgten Senkung der Löhne und Gehälter zu Gunsten des Althausbesitzes ein erheblicher Abbau der Hauszinssteuer ohne Senkung der Mieten geplant ist. Durch die fortschreitende Deflation stehe die gegenwärtige Mietzinshöhe in einem untragbaren Missverhältnis zu den Einkommen aller Bevölkerungskreise. Die Mieterschaft habe rechtzeitig auf die Fehlerquellen der bisherigen Mietsszinspolitik hingewiesen und lehne weitere Steuergeschenke an den Althausbesitz ab. Eine sofortige Senkung der Mieten sei dringend notwendig, wenn die Verzweiflung in den beteiligten Mieterkreisen nicht weiter steigen soll. Die durch Inflation und Aufwertungsgesetzgebung eingetretene Entschuldung des Althausbesitzes müsse der geplanten Entschuldungsrente in voller Höhe zugrunde gelegt werden. Die Lockerungen des Mieterschutzes, insbesondere auch die Aufhebung des Mieterschutzes für sämtliche Neubauten hätten zu einer völligen Entrechtung weiter Kreise der Mieterschaft geführt. Durch diese Massnahmen bestehe die Gefahr, dass schon vor der Schaffung eines sozialen Mietrechtes die grösste Zahl der Mietsverhältnisse keinen Mieterschutz mehr geniessen. Entsprechend den vom Bunde Deutscher Mietervereine der Öffentlichkeit hierzu übergebenen formulierten Gesetzesvorschlägen fordere die Mieterschaft die sofortige Schaffung eines sozialen Mietrechtes.

+ + +

Einen eigenartigen Witz erlaubt sich der Industrie- und Handelstag. In einer Notiz an die Presse fordert er nochmals das Hauszinssteuergeschenk für den Hauswirt und wendet sich gegen eine Senkung der gesetzlichen Altmieten. Der Industrie- und Handelstag, der doch die Interessen der allgemeinen Wirtschaft vertreten sollte, scheint sich über den kommenden Winter und seine sozialen Gefahren noch nicht hinreichend klar geworden zu sein. Womit man wohl die Stellungnahme des Industrie- und Handelstages zu den Akten legen kann.

SPD. Die Kreditverhandlungen für den Warenhauskonzern Karstadt sind abgeschlossen. Es handelt sich dabei um die Gewährung eines Ueberbrückungskredites in Höhe von 20 Millionen Mark.

SPD. Das Fein- und Weissblechwerk in Witten an der Sieg, eine Abteilung der Vereinigten Stahlwerke, hat vorsorgliche Anzeige erstattet, dass es 1 100 Mann von der 2 500 Mann starken Belegschaft entlassen müsse. Begründet wird die Anzeige mit den englischen Währungsschwierigkeiten, die für alle in englischer Währung abgeschlossenen Auslandslieferungen einen Absatzrückgang im Gefolge hätten.

Hausse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 24. September.)

Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in haussierender Stimmung. Angebot an promptem Roggen lag fast garnicht, an promptem Weizen nur in geringem Umfang vor. Es herrschte regste Kauflust und für beide Brotgetreidearten wurden um 3 bis 4 Mark höhere Preise erzielt. Auch am Markt der Seitgeschäfte überweg die Nachfrage ganz bedeutend das Angebot, sodass sich hier Preisgewinne on gleichem Umfang ergaben. Dabei konnte der angemeldete Bedarf von im Dezember lieferbarer Ware nicht gedeckt werden. Durch diese Haussese Stimmung wurde auch das Mehlgeschäft beeinflusst, Roggenmehl erzielte um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$, Weizenmehl um $\frac{1}{2}$ Mark höhere Preise.

	<u>23. September</u>	<u>24. September</u>
Weizen	213 - 216	216 - 219
Roggen	186 - 188	189 - 191
Futter- und Industrieroggen	148 - 155	149 - 156
Hafer	134 - 142	137 - 144
Weizenmehl	26,25-32,25	25,75-32,50
Roggenmehl	25,75-28,50	26,25-29,00
Weizenkleie	10,50-10,75	10,50-10,75
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 235, Oktober 235, Dezember 237½ Geld. Roggen September 207, Oktober 204, Dezember 204 Geld, Hafer September - , Oktober 152, Dezember 156.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD.Preisnotierungen für Eier: Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 24. September: A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 11,25, über 60 gr 10,75, über 53 gr 10,25, über 48 gr 9,75, frische Eier über 60 gr 9,50 bis 10, aussortierte kleine und Schmutzeier 7,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 11, 17er 10,50, Estländer 17er 10, 15½-16er 9,50 - 9,75, Holländer 10,50 - 10,75, Bulgaren 9,50, Rumänen 8,25 - 8,75, Ungarn und Jugoslawen 8,50 - 8,75, Russen grosse 8,75, normale 8,25, Polen normale 7,75-8, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. C. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 7 - 9. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergroßhändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: veränderlich, Tendenz: unregelmässig.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD.Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung am 24. September je Zentner waggonfrei märkischer Station. Weisse Kartoffeln 1,20 bis 1,30, rote und Odenwälder Blaue 1,30 bis 1,40, andere Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,40 bis 1,60. Fabrikkartoffeln 5 bis 6 Pfg. je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 72.

Berlin, den 24. September 1931.

Dreifache Last der Frau.^x

SPD. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsorgane sind eine wertvolle Quelle von Erkenntnissen für die ungeheure Belastung der arbeitenden Frauen, die als Hausfrau, Mutter und Lohnarbeiterin ein Uebermass an Leistungen aufzubringen haben. Diese dreifache Tätigkeit gibt den Gewerbeaufsichtsorganen die hauptsächlichste Veranlassung zum Einschreiten. Aber auch die Krankenkassen machen Feststellungen, die ein helles Streiflicht auf die ausserordentliche Inanspruchnahme der Frauen werfen, die der dreifachen Aufgabe: Hausfrau, Mutter und Erwerbstätigkeit dienen müssen. Eine Inanspruchnahme, von der eine in warme Häuslichkeit gebettete Frau nicht den leisesten Schimmer hat. Besonders die verheiratete Lohnarbeiterin, sei sie tätig im Betrieb oder im fremden Haushalt, ist wie ein gehetztes Wild, das flüchtenden Fusses von einem Orte zum andern eilt. Hat sie neben ihrem Haushalt noch etwas Feld oder Garten, so wird sie auf ihrem Arbeitsplatz immer mit Sorge an das täglich daheim zu erledigende Pensum denken müssen, und wohnt sie gar entfernt von ihrer Arbeitsstätte, so ist ihr Tag von früh bis spät eine einzige Hetzjagd. Begreiflicherweise machen diese schwerbelasteten Lohnarbeiterinnen inbezug auf Durchführung gesetzlicher Massnahmen oft die allergrössten Schwierigkeiten. Das Gesetz meint es gut mit ihnen, aber das Leben verträgt nicht immer Wohlwollen. So wehren sich die Frauen in den Betrieben häufig gegen eine gutgemeinte Pausenregelung. "Was nützen uns die Pausen; schnell fertig wollen wir werden; daheim warten noch andere Pflichten auf uns".

Auch hinsichtlich des Wöchnerinnenschutzes machen Betriebsvertretungen und -leitungen die Erfahrung, dass die schwangeren Frauen durchaus nicht immer von einem Mutterschutz erbaut sind. Schwangerschaften werden oft verheimlicht, solange es irgend geht. Wohl wird in den meisten Fällen dann, wenn die Mutterschaft offenbar ist, von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf ärztliches Zeugnis hin bis zu sechs Wochen vor der Entbindung die Arbeit einzustellen. Andererseits arbeiten die schwangeren Frauen in den letzten Monaten vor der Entbindung besonders eifrig, um den Akkordlohn möglichst hoch zu bringen und aufgrund der höheren Entlohnung auch ein höheres Krankengeld zu erreichen. Auf die Einhaltung der nachgeburtlichen Schutzfrist wird unter dem Drucke der Arbeitslosigkeit besonders gesehen. Die bittere Not, die durch das Hinzukommen eines neuen Kindes in den schon vorhandenen Familienkreis nicht kleiner wird, zwingt eben die Frau als Mutter zum Mitverdienen, denn die Aussicht, das Kranken- bzw. Wochengeld auf die Höhe des entgehenden Verdienstes zu steigern, ist eine Fata Morgana, eine Formel, die bei dem heutigen Stande der Wirtschaft von selbst unhaltbar wird.

Unter dem Drucke des Mitverdienenmüssens der verheirateten Frau, dem sie gehört, um den ohnehin kaum genügenden Lebensstandard nicht ganz und gar her abzusetzen, war es begreiflich, dass die Frau oft Arbeiten übernahm, die ihrer Konstitution absolut nicht liegen. Gab es doch Gegenden in Deutschland, wo die Frauen zum Transport von Baumaterialien, als Begleitpersonal auf Lastautos mit nüchternster Selbstverständlichkeit verwendet wurden. Wenn aber der Gewerbeaufsichtsbericht vom Jahre 1930 mitteilt, dass diese Frauenbeschäftigung "so gut wie vollständig" aufgehört habe, was bei der Arbeitslosigkeit der Männer eine Selbstverständlichkeit sein müsste, so lässt die Formulierung "so gut wie

vollständig" doch nicht alle Bedenken restlos schweigen.

Hat die Sozialgesetzgebung auch der erwerbstätig sein müssenden Frau in Verhältnis zur Vorkriegszeit manche Erleichterung ihres harten Loses als Lasttier gebracht, so sind doch die heutigen Zeiten einem weiteren Ausbau alles andere als günstig. Im Gegenteil, es muss damit gerechnet werden, dass manche Errungenschaft wieder verloren geht. Im Freistaat Sachsen beispielsweise, einen der wohlfahrtspflegerisch bestfundierten Länder, sind die Beihilfen für Schwangere infolge der Finanznot des Staates eingeschränkt worden. Abbau ist die Parole der gegenwärtigen Notzeit.

Hauptlastträgerin im Wirtschaftskampfe war und ist die Frau in ihrer dreifachen Belastung als Hausfrau, Mutter, Mitverdienerin. An ihr ist es, das karge Einkommen so rationell als möglich zu verwalten. Aber so hart sie belastet ist, so wird sie diese Last immer noch mit einer gewissen Freudigkeit tragen im Hinblick auf die zur Arbeitslosigkeit verurteilte Geschlechtsgenossin, von der sie unter Umständen beneidet wird. Sie kann sich wenigstens noch etwas anschaffen, kann Lücken ausfüllen, wenn auch - trotz ihres Einkommens - nur in bescheidenem Masse. Denn die Proletarisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft in bezug auf ihre Kaufkraft macht rapide Fortschritte. Es ist kein Zufall, dass sich jetzt in fast allen Städten Läden mit Einheitspreisen auftun, in denen allerbilligste Massenartikel einer Nivellierung des Verbrauchs das Wort reden, die den an Qualität gewöhnten Käufer geradezu bedrücken. Derbillige Kram hält nicht lange; die Folge ist, dass die Frau dauernd kaufen muss und dennoch keine Freude am Besitz empfindet. Sinkende Kaufkraft ist Wegbereiterin für minderwertige Ware, zumal da die angekündigten Preissenkungen jede praktische Wirkung vermissen lassen.

Alles in allem lastet die furchtbare Wirtschaftsnot auf den Schultern der Frauen am allerschwersten. Dabei ist immer wieder festzustellen, dass, abgesehen von schweren finanzwirtschaftlichen Fehlern die Hauptursache unserer Wirtschaftsnot der Weltkrieg mit seinen Folgen ist. Und eine der bittersten Folgen ist der noch garnicht voll zur Auswirkung gekommene Rückgang sozialpolitischer Errungenschaften. Bis zum Weltkriege war jeder soziale Fortschritt ein harter Kampf, Zugeständnis des guten Willens. Erst nach dem Kriege wurden diese Errungenschaften gesetzmässig verankert und damit Selbstverständlichkeiten. Aber Gesetze haben wirtschaftliche Möglichkeiten und gesunde Finanzen zur Voraussetzung für ihre Durchführung. Beide Faktoren fehlen zur Zeit und auf Zeiten hinaus vollständig. Besonders fühlbar werden diese Folgen den an dreifacher Daseinslast tragenden Frauen sein. Hier kann nur Kampf mit geschlossener Front, wohlverworbene Rechte verteidigen und das zurückerobern, was zum Teil schon verloren ist und noch verloren zu gehen droht.

Schwester Lydia Ruehland

Historische Modetorheiten.^x

SPD. Die Trägerin der Mode ist von allem Anfang an die "Dame" gewesen. Schon diese Bezeichnung, abgeleitet von dem lateinischen Worte "Domina" ("Herrin"), deutet auf den sozial gehobenen Stand hin. Selbst in der italienischen Bezeichnung "Madonna" für die Gottesmutter oder Himmelskönigin Maria lebt diese Standesauszeichnung weiter; "Madame" nannte sich am französischen Hofe die Gattin des Kronprinzen, des "Dauphin". Erst die französische Revolution hat auch der Bürgerfrau diesen Titel zuerkannt.

Ein besonderes Kennzeichen der "Dame" war zu allen Zeiten der Müsiggang. Die Dame lässt Mägde und Kammerzofen für sich arbeiten und weiss mit ihrer Zeit nichts Gescheites anzufangen; selbst die Kinderpflege überlässt sie ihren diensbaren Geistern. Sie lebt also für die "Gesellschaft", treibt ein bisschen Sport, ein bisschen Kunst, etwas Handarbeiten für Luxuszwecke, oder Musik, ein biss-

hen Lektüre. Aber vor allem Geselligkeit in jeder Form: Schmausereien, Klatsch, Tanz. Die Pflege des Körpers, die Schaustellung der weiblichen Reize, beschäftigt sie am allermeisten. Sie muss Abwechslung in der Kleidung haben, um den Mann immer aufs neue anzulocken. Kurzum: sie braucht die stets wechselnde Mode.

Im Altertum spielen die Kleidermoden noch keine grosse Rolle. Man hat sich in Athen und Rom weniger um die Kleider gekümmert als um die Pflege der Haut, um Schmuck, um die Haare. Es gab schon damals kunstvolle Frisuren und Färbemittel, mit denen dunkle Haare in rotblonde - die Modefarbe im kaiserlichen Rom wie im Venedig der Renaissance ("Tizianrot") - verwandelt wurden. Im früheren Mittelalter lehnt man sich zunächst noch an die antike Tracht an. Man lässt das dünne Gewand, das die Füsse bedecken muss, in langen Falten am Körper herabfliessen und schnürt es, etwa seit 1200, mit einem Gürtel in der Hüfte ein. Ein schwerer, meist aus dunklem Samt bestehender Mantel, der mit kostbar verzierten Schliessen gehalten wird, vervollständigt diese noch einfache und natürliche Tracht.

Aber schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts hören wir von allerhand Toilettenkünsten in einer Schrift des französischen Chirurgen Thomas de Mondeville. Gegen Gesichtsröte empfiehlt er, Schröpfköpfe ans Kinn zu setzen und darauf ein Pflaster zu legen, das aus verbranntem Sohlenleder und Honig gemischt ist. Gesichtsbülasse wiederum wird mit weissem Senf, Arsenik und Milch behandelt. Zur Erzielung einer wohlgeformten Büste sollen Sperlingsssaft und Essig aufgeschmiert werden, verdickt mit dem Pulver getrockneter grüner Schildläuse. Als Haarfärbemittel diente eine Mischung von Eigelb, Schwefel und Harz.

Mit der italienischen Renaissance brach eine neue Epoche im Leben der "Dame" an. Die klösterliche Enge, die die Ritterburg mit sich gebracht hatte, macht einer weltfreudigeren und prunkvolleren Kultur Platz. Die Frauen des städtischen Patriziats, einer Art von Stadtadel, suchen es den Aristokratinnen gleichzutun. Der Handel mit dem Orient bringt die schweren gemusterten Seiden- und Brokatstoffe herein, die zu langen Schleppekleidern verarbeitet werden. Man leistet sich einen grösseren Stoffverbrauch und macht deshalb die Ärmel unsinnig weit und lang. Bisweilen muss der Magistrat eingreifen, um den Halsausschnitt und die Länge der Schleppe zu begrenzen. Aber hauptsächlich handelte es sich dabei um die Wahrung der Klassenvorrechte, die in den Kleiderordnungen ihren Ausdruck fanden.

Der blonden Modefarbe zuliebe liessen die Damen von Venedig ihr Haar auf den flachen Dächern in der heissesten Sommersonne bleichen und ertrugen geduldig alle Qualen dieser Prozedur. Dem hellen Haar entsprechend musste das Gesicht blasser geschminkt werden. Und weil manchmal Regen und Schmutz die Gassen überschwemmen, erfand man die "Sockelschuhe" mit 30 Zentimeter hohen Sohlen und Absätzen. Aber auch die Haartracht wurde immer künstlicher. Man kannte schon im 16. Jahrhundert "Ballonfrisuren" und kürbisartige Haaraufbauten, für die man Schleier zu Hilfe nahm, und erhöhte sich künstlich die Stirn, indem man sich die Augenbrauen auszupfte.

Damit sind die Grundlinien gezeichnet für die Entwicklung der beiden folgenden Jahrhunderte. Die spanische Hoftracht, die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts massgebend wird, schreibt einen tonnenartig breiten Rock vor, in den die Taille spitz hineingezwängt wird. Auf unmässig verbreiterten Hüften sitzt ein eng eingeschnürter Oberleib. Ueber dem Rückenausschnitt stellt sich der steife "Stuartkragen" auf, der den Kopf darüber winzig erscheinen lässt. Die Ärmel werden gepufft, und das ganze Kleid wird mit Juwelen übersät. Bis zu 5 und 6 kostbare Unterröcke werden unter dem vorn etwas hochgerafften Rock sichtbar. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts setzt sich für einige Jahrzehnte die einfachere holländische Bürgertracht mit Häubchen und schlichtem Rock durch. Aber dann bricht das Zeitalter Ludwigs XIV. herein, das aller Vernunft und Hygiene vollends Hohn spricht. Reifrock und Stöckelschuh, mit denen man kaum trippeln kann - zur Fortbewegung sind Kutsche und Sänfte da - und immer unsin-

niger aufgetürmte Haargebäude bezeichnen die Damenmode des 18. Jahrhunderts. Mit Schminke und Schönheitspflästerchen wird das Gesicht zugeschmiert. Selbst die natürliche Haarfarbe muss unter dem Puder verschwinden.

Die grosse Revolution von 1789 uringt zwar einen radikalen Umsturz der Frauenkleidung: man kehrt mit dem "Directoire" und "Empire" so weit zur Natur zurück, dass man beinahe nur noch im Hemde herumläuft und im Winter die gefährlichsten Erkältungen riskiert - aber das Bürgertum wird, wie in der Politik, so auch in der Mode rückfällig. Mit der "Krinoline" wird der Reifrock des Rokoko wieder eingeschmuggelt, und das Korsett ersetzt das abscheuliche Schnürleibchen des 18. Jahrhunderts. In den Gründerjahren reierte die Entstellung des weiblichen Körpers Triumphe. Selbst heute erleben wir noch Versuche, eine gesunde, praktische und billige Mode von einer unsinnigen und teuren ablösen zu lassen. Die "Damen" brauchen so etwas zum Zeitvertreib.....

Hermann Hieber.

Machen Kleider Leute?^x

SPD. Ich bin überzeugt, dass Kleider Leute machen. Das soll aber nicht etwa heissen, dass meiner Meinung nach alle Menschen elegant angezogen sein müssten! - Keineswegs! Es ist in der heutigen schweren Zeit ja schon nicht immer leicht, wenn man die Garderobe seiner Angehörigen sauber, möglichst unzerrissen oder doch wenigstens gut geflickt erhalten soll! Aber obgleich ich das weiss und anerkenne, treibt es mich doch, besonders den Frauen und Müttern zu sagen: Seht zu, dass die Garderobe so gut wie irgend möglich erhalten bleibt. Gerade auch für eure Kinder ist das besonders wichtig. Lasst sie nie so herumlaufen, dass andere darüber lachen könnten! Trägt ein Mädchlein einen Rock oder Mantel, der viel zu lang ist, dann macht Euch die Mühe und ändert ihn, damit er passt! Sonst lachen vielleicht die Spielkameraden oder ein Vorübergehender. Das ist für das Kind sehr schmerzlich. Mancher Mensch hat dadurch schon für sein ganzes Leben unheilbaren seelischen Schaden erlitten. Viele wunderliche Typen laufen herum, deren Wunderlichkeit erst aus solchen Erlebnissen entstanden ist. Das Lachen der Spielkameraden machte sie unsicher; immer behielten sie diese Unsicherheit und Angst, wenn sie an anderen Menschen vorbeikamen oder mit Menschen zusammenkommen mussten, die sie noch nicht kannten. Sie verloren jede Unbefangenheit! (Im Grunde ist ja das Schrecklichste, das einem passieren kann, dass man sich als lächerliche Figur fühlt.)

Gerade Kinder sind in dieser Beziehung ganz besonders empfindlich. Wir vergessen immer wieder, wieviel schärfer sie beobachten, und wieviel feiner sie empfinden. Sie sind ja vom Leben noch nicht abgestumpft. Das Gefühl, aufzufallen, irgendwie aus dem Rahmen der Umgebung zu fallen, prägt sich ihrem Charakter unauslöschlich ein und wirkt sich zum Schaden ihrer Persönlichkeit aus. Es verhindert unter Umständen ihre normale Entwicklung. Im Hänkeln sind Kinder besonders grausam und rücksichtslos, weil sie von der Lünche der Höflichkeit noch nicht überzogen sind, die Erwachsene in solchen Fällen schützt. In der Schule wird eben der gehänfelt, der auffällig aussieht. Dazu gehören auch die unglücklichen Jungen eitler Eltern, die mit langen, wallenden Locken herumlaufen müssen, die man "Mädchen" schimpft und an den Haaren zaust. Auch die Jungen besser situerter Eltern gehören dazu, die in langen Hosen laufen müssen, während alle anderen Jungen kurze Hosen tragen, ferner die Jungen, die aufgeputzt erscheinen und dadurch Spott erregen, und ebenso die Mädchen, die schon frühzeitig wie kleine Damen sich tragen und benehmen. Bei solchen Kindern kommen dann häufig heftige Ausbrüche von Wut vor; die Kinder erklären, nie wieder dies oder jenes Kleidungsstück tragen zu wollen. Solche Explosionen soll man nicht als Ungehörigkeiten werten, kein Aufhebens davon machen, sondern stillschweigend abändern, was den Anstoss erregt hat.

Vielfach ist es nur Gedankenlosigkeit der Eltern, die den zunächst schüchtern geäußerten Wünschen der Kinder um Änderung nicht Rechnung trägt. Wenn die Eltern wüssten, wieviel Qual - und zwar wirkliche Seelenqual - ihre Kinder durch solche lächerlichen Dinge erleiden, dann würden sie alles tun, um ihren Kindern solche Qualen zu ersparen. Man sollte es auch vermeiden, Kindern bei kaltem Wetter so viel anzuziehen, dass andere sie für verzärtelt halten und sie deshalb hänseln! Zieht so ein kleines Wesen zwei Westen, Mantel und Schal an, dann brüllt alles los: "Krieg' man nur keinen Schnupfen!!!" Das brüllende Gelächter, das solche Spässe in einer Klasse auslösen, verfolgt die Betroffenen bis in ihre Träume. Hierzu gehört auch "die Mutter, die ihren Liebling jahrelang in die Schule bringt und abholt". So ein Muttersöhnchen ist sehr zu bedauern, denn auch dieses Kind wird verulkt und ausserdem zur Unselbstständigkeit erzogen.

Ich kenne unzählige Menschen, die unabhängig von Äusserlichkeiten zu sein glauben und doch ehrlich zugeben, dass sie sich bei dieser oder jener Gelegenheit durch einen neuen Anzug so gehoben gefühlt haben, dass sie das sichere Gefühl hatten, eine für ihr Leben wichtige Entscheidung erfolgreich bestehen zu können. Alles musste ihnen gelingen, und - es gelang ihnen auch wirklich! Andererseits kann einen ein Loch im Anzug, das niemand sieht, von dem man nur selbst weiss, so unsicher machen, dass man sich etwa bei der Bewerbung um eine Stellung ungeschickt benimmt und sie aus dieser beeinträchtigenden Vorstellung heraus (man kommt sich eben minderwertig vor) in der Tat nicht bekommt. Niemand kann leugnen, dass man sich in neueren, ordentlichen Sachen wohler fühlt! Das sollte man auch in diesen schlechten Zeiten bedenken, wo es von besonderer Wichtigkeit ist! Auch mit einfachsten Mitteln kann man dokumentieren, dass man etwas auf sich hält, äusserlich und dann eben auch innerlich. In diesem Sinne machen eben Kleider wirklich Leute.

Susi Bork.

----- Pilzgerichte.* -----

SPD. Während sich in das dunkle Laub der Buchen und Eichen bereits die ersten herbstlichen Farbtöne mischen, entfaltet sich auf dem dunstverhangenen Boden unsrer Wälder so recht die Märchenwelt der Pilze. Da kuscheln sie sich an uralte, dicke Baumstämme, verstecken ihre Köpfchen in dunkelgrünen Moosen oder begleiten dreist und auffordernd die schmalen Wege. Die essbaren Pilze sind in den letzten Jahren besonders zu Ehren gekommen, nachdem ihnen ihr hoher Nährwert wissenschaftlich bestätigt wurde. Sie haben noch einen anderen Vorzug: dass sie nämlich nichts kosten, wenn man sie selber sucht. Dann allerdings muss man sie auch genau kennen. Allein die eigene Kenntnis der Pilze ist zuverlässig. Alle guten Ratschläge gegen Pilzgifte, auch der vom schwarzfärbenden Silberlöffel, gehören in das Reich des gefährlichen Aberglaubens. Ist man also im Zweifel über seine Beute, so sollte unbedingt ein Kenner die richtige Diagnose stellen.

Leicht herauszufinden ist der behaglich dicke, braune Steinpilz. Er ist ein besonders beliebter Vertreter seiner Gattung, weil sich seine Scheiben wie kernfestes Fleisch gegen die Zähne stemmen. Auch als zuverlässiger Verfeinerer von Braten und Tunken steht er in hohem Ansehen. Die frischgesammelten Pilze säubert man sofort von Schmutz und Schneckenfrass und entfernt auch die Lamellen unter den runden Hüten. Kann man sie aber nicht am gleichen Tage essen, so werden sie ungewaschen ausgebreitet und an luftigem Platze bis zum nächsten Tage aufbewahrt. Länger aber sollte man Pilze niemals liegen lassen. Die sorgsam geputzten Pilze werden nun gründlich unter der Wasserleitung gewaschen. Misstönendes Knirschen von Spuren des heimatlichen Waldbodens zwischen den Zähnen stört die Freude an dem leckeren Mahl. Deshalb wäscht man lieber noch ein-

mal, wenn man seiner Sache nicht ganz sicher ist. Dann aber müssen die Pilze ebenso sorgfältig wieder getrocknet werden. Man kann hierbei durch energisches Schwenken in einem Sieb erfolgreich nachhelfen.

In einem Topfe werden gewürfelte Zwiebeln in Speck gedünstet. Steinpilze machen den Vorbehalt, dass die Zwiebelstückchen nur goldgelb werden dürfen, we sie sonst ihren bitteren Beigeschmack abgeben. Die Pilze werden in dicke Scheiben geschnitten und in der Zwiebeltunke gedünstet. Dabei vereinigt sich ihr Saft, von dem sie reichlich mitbringen, mit dem Fett, und die Scheiben dünsten in der leise brodelnden Flüssigkeit in etwa 20 Minuten gar. Wenn sie von der Flamme heruntergenommen sind, so werden einige Löffel gehackte Petersilie daruntergezogen und einige Tropfen Zitronensaft zum Würzen darüber geträufelt.

Das weitverbreitete Volk der gelben Pfifferlinge muss so zubereitet werden, dass die kleinen Pilze ihren Charakter behalten und nicht latschig und zadderig werden. Sie werden verlesen, geputzt und gründlich gewaschen. Dann lässt man sie trocknen.

Wieder werden Zwiebelwürfel gedünstet, wobei 3 Knollen auf ein Pfund Pilze ausreichen. Hierauf werden die Pilze beigegeben. Die grossen Exemplare hatte die Hausfrau etwas zerkleinert. Mit grosser Flamme wird das Gericht angekocht und dann einer kleinen Flamme überlassen. Inzwischen kann man saure Milch mit etwas Mehl gut verquirlen und dann diese Flüssigkeit durch ein feine Sieb den weichen Pilzen beirühren. Hat man nochmals aufgeköcht, so schmeckt man vorsichtig mit Salz ab; dann ist die Tunke zufrieden, von der sich die Pilze geniesserisch umhüllen lassen. Gehackte Petersilie würde ihrem gelben Teint gut zu Gesicht stehen, gibt aber auch dem nach Waldboden duftenden Gerichte die letzte Vollendung.

Lucie Bürgel (Potsdam).

SPD. Die gefährliche Katze.^x Nichts wird mehr missverstanden als Okkultismus, Spiritismus und Hellsehen. Viele Menschen haben ganz verschwommene, meistens ziemlich blödsinnige Vorstellungen von diesen Dingen.

In der Aussprache zu einem Vortrag des Hellsehers Hanussen wurde dieser von einer Dame allen Ernstes gefragt, ob er auch daran glaube, dass es Unglück bedeute, wenn man einer schwarzen Katze begegne.

"Oh ja, das bedeutet furchtbares Unglück, vielleicht sogar Tod", erwiderte Hanussen.

"Für wen? Für denjenigen, an dem die Katze rechts oder links vorbeiläuft?" fragte die Dame in furchtbarer Aufregung.

"Für Menschen überhaupt nicht, aber für Mäuse", erwiderte seelenruhig Hanussen.

SPD. Die grössere Berühmtheit.^x Der Kritiker D. hat neuerdings entdeckt, dass Eiland doch eigentlich ein verkanntes Genie sei. Aller Welt erzählt er etwas von seiner Entdeckung. Seine sämtlichen Bekannten sind längst von dem "leicht prickelnden erotischen Charme" des grossen Dichters der Goethezeit überzeugt.

Neulich lernte der Kritiker D. die Schauspielerin Lara kennen und konnte es natürlich nicht unterlassen, selbst mit dieser wertigen Dame über sein bevorzugtes Thema zu reden. Er räusperte sich und sagte: "A propos, kennen Sie Wieland, gnädige Frau?"

"Wieland?" überlegte sich die Lara. "Warten Sie mal, Wieland... Nein, den kenne ich nicht." Dann fügte sie mit prominentem Seufzer hinzu: "Aber er wird mich bestimmt kennen."